

GESUNDHEIT
GENDER
MIGRATION

**Gesundheit
vor Ort**
Hilfe bei Gewalt &
in Notlagen

Impressum

Herausgeber

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main
Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA)
Lange Straße 25–27
60311 Frankfurt
amka@stadt-frankfurt.de
www.amka.de

Autorin

Ida Todisco

Konzept

Marguerite Reguigne, AmkA, Sachgebiet Diversität, Chancengleichheit und Prävention

Redaktion

Dr. Armin von Ungern-Sternberg, AmkA, Amtsleiter
Dr. Uta George, AmkA, Leiterin Abteilung Grundlagenarbeit und Antidiskriminierung
Veronika Katic, AmkA, Leiterin Abteilung Integration und interkulturelle Öffentlichkeitsarbeit
Marguerite Reguigne, AmkA, Sachgebiet Diversität, Chancengleichheit und Prävention
Marc-Alexander Reinbold, AmkA, Sachgebiet Kommunikation und Orientierung

Fotos

Stefanie Kösling

Grafik

Lisa Erwall Art Direction

Druck

Druckerei Imbescheidt GmbH & Co. KG

Kontakt

Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA)
Marguerite Reguigne
Diversität, Chancengleichheit und Prävention
Lange Straße 25–27
60311 Frankfurt
Tel. (069) 212-38767
Fax (069) 212-37946
marguerite.reguigne@stadt-frankfurt.de

Die Handreichung ist online verfügbar unter:

www.amka.de/gesundheit

1. Auflage

Frankfurt am Main, April 2018

Inhalt

Grußwort	4
Einleitung Stärkung der Selbstbestimmung	6
Ein Dach über dem Kopf, Sicherheit und eine Perspektive Frauen helfen Frauen e.V. berät und bietet Schutzräume	9
Hilfe und Unterstützung nach Gewalterfahrungen Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt	19
„Raus aus Verbergen und Scham ...“ Folgen traumatischer Gewalterfahrungen	22
„Kein Grund, sich zu schämen ...“ Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigungen	26
Weibliche Genitalbeschneidung (FGM/C) – Enttabuisierung und Prävention Frauenrecht ist Menschenrecht e.V. unterstützt kultursensibel betroffene Frauen	32
Integration durch Präventionsangebote und Teilhabe Maisha e.V. – internationale Gesundheitsförderung für Migrant_innen	40
Gesundheitsversorgung ohne „Eintrittskarte“ Humanitäre Sprechstunden im Frankfurter Gesundheitsamt	47
Neues aus dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) Thema Gesundheit	52



Grußwort

Die zweite Ausgabe der Broschüre „Gesundheit vor Ort“ behandelt das Thema Gewalt in ihren unterschiedlichen Formen und stellt Beratungsstellen vor, die betroffenen Menschen Hilfestellung geben können. Vor allem Frauen und Kinder erfahren körperliche und/oder sexuelle Gewalt und benötigen besondere Unterstützung. In zahlreichen Studien wurde festgestellt, dass Gewalt und traumatische Erfahrungen massive Auswirkungen auf die psychische und körperliche Gesundheit eines Menschen haben. Die Opfer haben im Verlauf ihres Lebens mit Gesundheitsproblemen zu kämpfen und kommen häufiger in die Notaufnahme eines Krankenhauses als andere.

Ein Bericht der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA) aus dem Jahr 2014, die bislang umfassendste Erhebung ihrer Art, zeigt das Ausmaß der Gewalt gegen Frauen. Demnach haben 62 Millionen Frauen in der EU körperliche oder sexuelle Gewalt erfahren müssen. Fast ein Viertel aller Befragten wurde zu Hause Opfer – durch den eigenen Partner.

Themen der Erhebung waren auch Stalking, sexuelle Belästigung und die Rolle, die neue Technologien bei Missbrauchserfahrungen spielen.

Migrantinnen sind zusätzlich von spezifischen Formen von Gewalt betroffen, wie Zwangsverheiratung, weiblicher Genitalverstümmelung oder Menschenhandel. Das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt, die sogenannte Istanbul-Konvention, soll alle Frauen schützen. Ich fordere die Bundesregierung auf, ihren Vorbehalt gegen Artikel 59 der Istanbul-Konvention zurückzuziehen, um geflüchteten oder migrierten Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind oder als Zeuginnen in Strafverfahren aussagen, ein sofortiges eigenständiges Aufenthaltsrecht zu ermöglichen.

In Frankfurt arbeiten seit Jahren verschiedene Frauenberatungsstellen, Frauenhäuser, Migrantinnen-Selbstorganisationen, Wohlfahrtsverbände, unterschiedliche Einrichtungen und Ämter gemeinsam daran, Frauen, Kinder, LSBTIQ-Personen und auch Männer mit Gewalterfahrungen zu unterstützen. Einige werden in diesem Band exemplarisch vorgestellt.

Wir möchten Sie ermutigen, eine Beratungsstelle aufzusuchen, wenn Sie selbst Gewalt erleben. Wenn Sie Zeug_in von Gewalt werden, erstatten Sie Anzeige. Denn: Gewalt ist nie privat.

Sylvia Weber
Integrations- und Bildungsdezernentin

Stärkung der Selbstbestimmung – Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten der Stadt Frankfurt (AmkA) ist bundesweit die größte kommunale Behörde für Integration, Diversität, Chancengleichheit und Prävention. Ein Anliegen des AmkA ist es, die Gesundheitskompetenz von Frankfurter Bürger_innen insbesondere mit Migrationshintergrund zu stärken und benachteiligte Bevölkerungsgruppen besonders in den Blick zu nehmen.

Information, Aufklärung und gleichberechtigter Zugang zu den Versorgungsdiensten sind wichtige Ziele, um eine gesundheitliche Chancengleichheit zu verwirklichen. Die Publikationsreihe „Gesundheit vor Ort“ soll dazu einen Beitrag leisten.

Der Schwerpunkt der vorliegenden Ausgabe widmet sich den verschiedenen Formen von Gewalt und deren Auswirkungen auf die Gesundheit. Körperliche, sexuelle und psychische Gewalt gegen Frauen und Kinder ist eine gravierende Menschenrechtsverletzung, die in allen Kulturen und in allen Gesellschaftsschichten vorkommt. Auch bei uns.

Eurostat-Zahlen zufolge waren im Jahr 2015 mehr als neun von zehn Vergewaltigungsopfern und mehr als acht von zehn Opfern sexueller Übergriffe Mädchen und Frauen, während fast alle, die wegen solcher Verbrechen in Haft saßen, männlich waren (99 %).

Das Bundeskriminalamt hat kürzlich eine „Kriminalstatistische Auswertung zu Gewalt in Partnerschaften“ veröffentlicht. Meist sind es Frauen (82 %), die betroffen sind. Fast die Hälfte von ihnen lebte zum Tatzeitpunkt mit dem Täter in einem Haushalt (49 %).

Rund 11.900 Frauen wurden im Jahr 2016 gefährlich verletzt. In 357 Fällen ging es um Mord und Totschlag. 149 Frauen überlebten den Angriff nicht.

Es ist besonders perfide, wenn Kinder und Frauen in ihren eigenen vier Wänden massiver Gewalt durch eine „Vertrauensperson“ ausgesetzt sind. Sie sind völlig schutzlos und verlieren für lange Zeit, manche sogar lebenslang, das Vertrauen in ihre Mitmenschen. Nicht selten werden betroffene Kinder selbst gewaltbereit, weil sie es nicht anders gelernt haben.

Erschreckend sind die Gewalttaten gegen Frauen und Kinder, die jährlich von der WHO dokumentiert werden. Gewalt gegen Frauen in der Schwangerschaft und sogar gegen behinderte Frauen sind keine Seltenheit.

Gewalt gegen Frauen ist keine „Frauenangelegenheit“. Die Ursachen liegen in der anhaltenden Diskriminierung von Frauen weltweit. Wir sind als Gesellschaft gefordert, alles zu tun, um aus der Spirale der Gewalt zu entkommen.

Dr. Armin von Ungern-Sternberg
Amtsleiter





Hilke
Droege-Kempf

Ein Dach über dem Kopf, Sicherheit und eine Perspektive

Frauen helfen Frauen e.V. berät und bietet Schutzräume

Frauen helfen Frauen e.V. Frankfurt ist ein gemeinnütziger Verein, der sich zur Aufgabe gemacht hat, jenen Frauen und ihren Kindern zu helfen, die häuslicher Gewalt ausgesetzt sind. Der Verein bietet die vorübergehende Unterbringung im Frauenhaus sowie präventive Beratung in der eigenen Beratungs- und Interventionsstelle an. 2016 feierte Frauen helfen Frauen sein 40-jähriges Bestehen. 1978 eröffnete der Verein das erste autonome Frauenhaus in Frankfurt am Main, eines von insgesamt 25 Häusern in Hessen. Das Private ist politisch – und Gewalt in den eigenen vier Wänden keine Privatangelegenheit, sondern eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die uns alle angeht, so der Ansatz des Vereins.

Nicht für jede Frau bedeutet das Wort Zuhause auch Wohlfühlen, Sicherheit oder Geborgenheit. Für immer mehr von Ihnen ist das sogenannte Zuhause ein Ort, an dem sie eingesperrt und von körperlicher und psychischer Gewalt, sexueller Nötigung und Vergewaltigung bedroht sind. Viele leben in jahrelangen Abhängigkeitsverhältnissen, nicht selten sind Kinder involviert. Zuhause: ein Ort, dem man entfliehen will. Dennoch fällt es vielen Frauen schwer, diesem Ort tatsächlich zu entkommen.

Bei Frauen helfen Frauen finden sie Beratung und Hilfe. Der Verein, der ein Frauenhaus und eine Beratungs- und Interventionsstelle unterhält, engagiert sich seit 1976 für Frauen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind. Das Anliegen der Gründerinnen war, die verborgene Gewalt gegen Frauen hinter den verschlossenen Wohnungstüren sichtbar zu machen und ins öffentliche Bewusstsein zu rücken: zu zeigen, dass Gewalt eben keine Privat- oder Familienangelegenheit ist, sondern eine Straftat. Frauen sollten gesellschaftliche Unterstützung dabei erhalten, der gewalttätigen Beziehung zu entkommen. Hilke Droege-Kempf

und Christa Wellershaus sind seit Jahrzehnten engagierte Mitarbeiterinnen des Vereins. Im Gespräch erzählen sie von ihrer Arbeit.

Das Angebot

Frauen helfen Frauen Frankfurt e.V. stellt Plätze für Frauen und deren Kinder zur Verfügung. Sie finden dort eine sichere Unterkunft. Die Beratungs- und Interventionsstelle unterstützt die Frauen darin, individuelle Wege aus der Gewaltsituation zu finden und eventuell einer Eskalation der Gewalt vorzubeugen.

Die Arbeit des Vereins ist auch nach 40-jährigem Bestehen so aktuell und notwendig wie bei seiner Gründung: 2016 haben 78 Frauen und 80 Kinder im autonomen Frauenhaus Zuflucht gefunden, erklären Droege-Kempf und Wellershaus. Die Gründe, warum Frauen hier Hilfe suchen, sind unterschiedlich: körperliche Gewalt, krankhafte Eifersucht, ökonomische Abhängigkeit durch fehlenden Zugang zu Geld, Erniedrigung, Isolation, Herabsetzung vor den Kindern, Belästigung, sexuelle Nötigung, Vergewaltigung.

tigung, Zwangsheirat. Oftmals sind die Frauen, die den Schritt in die Beratung schaffen, in ihrer Wohnung eingesperrt worden oder dürfen diese nur selten und nur in Begleitung verlassen. „Einsperren und Ausgehverbot sind auch schon Gewaltakte und oft mit körperlicher Gewalt und Vergewaltigungen verbunden“, erklärt Wellershaus. Die psychische Gewalt habe dabei zugenommen. Viele Frauen würden bedroht, mit Sätzen wie: „Wenn du dich trennst, bringe ich dich um.“

Die Beratungsstelle des Vereins liegt gut erreichbar im Stadtteil Bornheim. Beratungsgespräche erfolgen nur nach telefonischer Vereinbarung – als einmaliges Gespräch oder über einen längeren Zeitraum. Die Beratung ist kostenlos und auf Wunsch anonym. Im geschützten Rahmen können die Frauen über ihre Erfahrungen sprechen, gemeinsam werden Lösungswege entwickelt, Handlungsmöglichkeiten und Hilfesysteme erläutert.

Meistens haben die Frauen, die in der Beratungsstelle anklopfen, einen langen Leidensweg hinter sich – bis es irgendwann nicht mehr geht. Eine junge Frau sei mit ihrem Kleinkind über den Balkon geflüchtet und habe nur „weit weg aus Frankfurt“ gewollt, andere kämen öfter in die Beratung, bis sie den nächsten Schritt wagen könnten. Zukunftsängste, Schuld, Angst- und Schamgefühle seien etwa Gründe, warum Frauen in gewalttätigen Beziehungen ausharrten, so Droege-Kempf.

„Aus der gemeinsamen Wohnung auszuziehen, ist der erste Schritt, aber nicht die Gesamtlösung“, erklärt Wellershaus. Letztendlich gehe es immer um „ein Gesamtpaket an Aufgaben und Lösungen, die wir mit den Frauen suchen und bei denen wir sie begleiten: Sprachkompetenz, Bildung und Arbeit, Wohnungssuche, Verselbstständigung und therapeutische Angebote gehören unter anderem dazu“. In der Beratung erfahren die Frauen, welche Möglichkeiten sie haben, welche Unterstützungs- und

Hilfsangebote es gibt, doch ihren eigenen Weg müssen sie selbst wählen.

Die Existenzsicherung nach der Trennung vom Partner ist dabei ein zentrales Thema. Hinzu kommen Schutz- und Handlungsmöglichkeiten, Strafanzeige und Polizei, das Gewaltschutzgesetz, Informationen zu den Rechten der Frauen und zum juristischen Vorgehen, die Situation der Kinder, Angebote der Kinder- und Jugendhilfe oder die Vermittlung von Rechtsanwaltsadressen.

**Zukunftsängste,
Schuld, Angst- und
Schamgefühle sind
Gründe, warum Frauen
in gewalttätigen
Beziehungen
ausharren.**

Eine sichere Zuflucht

Frauen und ihre Kinder, die sich in einer akuten Gefährdungssituation befinden, können im Frauenhaus Unterkunft, Schutz und Unterstützung finden. Es hält 60 Plätze für sie bereit. Das Haus ist im Durchschnitt zu 80 % belegt. 2016 kamen 42 % der Frauen aus Frankfurt, die übrigen teils aus Hessen, teils aus anderen Bundesländern. „Wir nehmen Frauen aus ganz Deutschland auf und kooperieren dabei mit den anderen autonomen

Frauenhäusern bundesweit“, erklärt Droege-Kempf. Von den aufgenommenen Frauen waren 41 % alleinstehend, 37 % hatten ein Kind und 22 % mehrere Kinder. Im Frauenhaus lebten 2016 Frauen aus 28 Nationen: u.a. aus Marokko, dem ehemaligen Jugoslawien, Ghana, der Türkei, Kamerun, Kenia, Nigeria, lateinamerikanischen Ländern, Eritrea, Äthiopien, Usbekistan oder Syrien.

Kinder werden intensiv betreut

Etwa die Hälfte der Frauen bringt Kinder mit ins Frauenhaus. Auch sie sind oft traumatisiert. „Gewalt gegen Frauen ist immer auch Gewalt gegen Kinder. 2016 waren 30 Mädchen und 38 Jungen im Frauenhaus untergebracht. 50 % waren null bis drei Jahre alt, 18 % zwischen vier und sechs Jahren“, berichtet Wellershaus.

Einen hohen Stellenwert nimmt die Betreuung der Kinder ein. Durch Spiel- und Freizeitangebote sollen sie Spaß und Freude haben und so die erlebte Gewalt zumindest vorübergehend vergessen können. Die Kinder besuchen, wenn sie im Frauenhaus leben, wie vorher auch die Grundschule oder die Kita. „Sie lieben das Frauenhaus, haben Freunde, einen großen Hof, Platz zum Spielen, viel Grün und immer andere Kinder um sich. Wir bieten auch Reittherapie für die oft traumatisierten Jungen und Mädchen an, was sehr hilfreich ist und den Kindern einfach gut tut“, so Droege-Kempf. Durch das Zusammenleben und die Freizeitgestaltung entsteht immer wieder eine neue, bunte Wohngemeinschaft, die sich aus vielen Nationalitäten zusammensetzt. „Das Tolle ist, dass manche Frauen lebenslange Freundschaften schließen.“

Perspektiven

Einige der Frauen bleiben nur ein bis zwei Nächte, andere ein bis zwei Jahre im Frauenhaus. Zunächst wird in Ruhe gemeinsam überlegt: Was ist anfangs wichtig, welche ganz konkreten Schritte sind als nächstes sinnvoll oder notwendig. Dabei geht es immer auch um die Erhöhung der Handlungsmöglichkeiten, um Autonomie und eigene Perspektiven für die Frauen. Eine wichtige Rolle spielen dabei: die Erhöhung der Sprachkompetenz durch Alphabetisierungs- und/oder Deutschkurse, die Hinführung in Arbeit durch Weiterbildung und Ausbildung, das Finden einer eigenen Wohnung, ein selbstständiges Leben, Betreuung und Förderung der Kinder, Therapien, juristische Beratung und Beratung zum Sorge- und Umgangsrecht sowie zu Scheidungen.

Viele der Frauen haben ein Leben lang erfahren, dass ihre Familie und später ihr Partner ihr Leben bestimmt und reglementiert haben. Für diese Frauen ist es sehr schwierig, sich aus der Unterdrückung oder auch aus wiederkehrenden Gewaltsituationen zu befreien. Sie brauchen Unterstützung in diesem Prozess der Loslösung und Verselbstständigung. „Wichtig ist es, ihnen zu zeigen, dass sie auch alleine leben können. Das ist für viele Frauen ein Problem, da sie oft aus einem sehr engen Familienverband kommen. Gerade jüngere Frauen schaffen diesen



Schritt nur sehr schwer. Sie können sich ein Leben ohne Familie und Ehemann nicht vorstellen.“ Dennoch sind 2016 weniger Frauen zu ihren gewalttätigen Partnern zurückgekehrt als in den Jahren zuvor. „Das ist auf alle Fälle ein Erfolg“, stellt Wellershaus fest.

In die Beratung wie auch ins Frauenhaus kommen Frauen aus allen sozialen Schichten. „Von der Hartz IV-Bezieherin bis zur Akademikerin. Von der Analphabetin, die zwangsverheiratet wurde, bis zur Unternehmerin.“ Gewalt sei eben kein Problem, das nur bestimmte soziale Schichten oder Nationalitäten betrifft. Wellershaus erzählt beispielhaft von einer jungen Afghanin, die vor zwei Jahren in die Beratung kam und damals weder schreiben noch lesen konnte. Diese Frau zieht jetzt nach zwei Jahren aus dem Frauenhaus aus – nach einem langen Prozess der Klärung, Beratung, Weiterbildung und Perspektivenentwicklung. Am Anfang stand hier ein Alphabetisierungskurs. Zeitweilig hat die junge Frau in einem Hotel gearbeitet – die Hinführung und Eingliederung in Arbeit und Weiterbildung ist ein wichtiger Punkt im Prozess der Verselbstständigung. Heute spricht sie relativ gut Deutsch und ist in der Lage, ein eigenständiges Leben zu führen. Das wäre nach einem halben Jahr noch nicht möglich gewesen, so Wellershaus. „Es gehört zu unserer Arbeit, dass die Frauen zeitnah in Intensivkursen Deutsch lernen, da sind wir auch sehr schnell dran mit unseren Netzwerken. Wir haben natürlich auch Forderungen an die Frauen und wollen, dass sie aktiv mitwirken bei der Perspektivbildung.“ Bei Müttern etwa würde gezielt nach Deutschkursen mit Kinderbetreuung gesucht. „Wir erklären den Frauen, dass sie jetzt als Haushaltsvorstand auch außerhalb des Frauenhauses in der Lage sein müssen, ihr Leben mit den Kindern alleine hinzukriegen.“ Für viele Frauen sei das zunächst eine Vision, die mit Ängsten

verbunden ist, was unter anderem mit den jahrelangen Gewalterfahrungen und dem internalisierten Gefühl, nichts wert zu sein, nichts zu können und sich als defizitär zu empfinden, zusammenhänge, ergänzt Droege-Kempf.

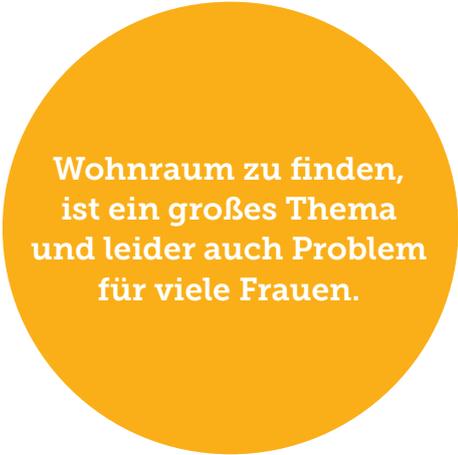
Frauen mit höheren Ressourcen und größeren Handlungsspielräumen, bei denen Sprache, Arbeit, Wohnungssuche oder Geld nicht die primären Themen sind, können in der Regel schneller in ein „eigenes Leben“ finden. Wellershaus nennt als Beispiel eine Frau aus Bosnien, eine studierte Betriebswirtin, die aufgrund ihrer Heirat nach Deutschland kam und kurz darauf ein Kind bekam. In dieser Zeit stellte sich heraus, dass ihr Mann Spieler war. Er wurde gewalttätig, misshandelte sie und gab das gesamte Geld für seine Spielsucht aus. „Schon nach vier Wochen ist sie mit dem Kleinkind aus der gemeinsamen Wohnung geflohen. Sie kam zu uns ins Frauenhaus und hat ganz klar gesagt: Das möchte ich mir, aber vor allem meinem Kind nicht zumuten.“ Im Vergleich zu anderen Ausgangssituationen ein relativ „einfacher Fall“, doch auch hier war die Unterstützung, einen Antrag auf eine Wohnung zu stellen, sich für einen Deutschkurs anzumelden und eine Arbeit zu finden für die Frau sehr hilfreich auf dem Weg zu einem eigenständigen Leben.

Sozialer Wohnraum

Wohnraum zu finden, ist ein großes Thema und leider auch Problem für viele Frauen. Denn finanzierbare Wohnungen werden in Frankfurt und im Umland immer knapper. „Wir kooperieren bei der Suche mit dem Wohnungsamt. Das ändert allerdings nichts daran, dass Wohnraum immer härter umkämpft wird. Für unsere Klientinnen mit ihrem Budget und oft auch ihrem sozialen Status sind die Chancen hier sehr gering. Wir wünschen uns in dieser Hinsicht Unterstützung von der Stadt, und zwar durch eine sozialverträgliche Wohnungsbaupolitik“, so Wellershaus. Die Frauen müssen ein Jahr im Frauenhaus gemeldet sein, bevor sie überhaupt beim Wohnungsamt registriert werden können. Einfacher ist die Situation, wenn sie einer Arbeit nachgehen.

Meilensteine

Bei seiner Arbeit kann der Verein auf ein seit Jahrzehnten gewachsenes Netzwerk zurückgreifen: Kooperationspartner_innen, Spender_innen, Ehrenamtliche, Polizei und Staatsanwaltschaft, Schwangerschaftskonfliktberatung, Anwält_innen, Sozialrathäuser, Selbsthilfegruppen, AmkA und Gesundheitsamt. Das ist äußerst wichtig, denn ein Verein kann die Bandbreite an Klärungen, Problemlösungen und Fachwissen, die in diesem Kontext erforderlich ist, nicht allein stemmen und abdecken. Eine große Unterstützung der Arbeit sind Verbesserungen der Gesetzeslage. Etwa durch das Gewaltschutzgesetz seit dem Jahr 2002, das mit seinem Inkrafttreten einiges für die Frauen geändert hat: Nachbarn sind hellhöriger geworden, rufen öfter die Polizei, und diese gibt den misshandelten Frauen dann die Telefonnummer des Vereins. „Es ist ein Meilenstein, dass der Täter die gemeinsame Wohnung verlassen muss. Das ist wichtig, hat in den Machtverhältnissen etwas zurechtgerückt“, betonen Wellershaus und Droege-Kempf. Es braucht noch mehr solcher Meilensteine, noch mehr Multiplikator_innen und Kooperationspartner_innen, um von Gewalt betroffenen Frauen und ihren Kindern eine neue Zukunft zu ermöglichen.



**Wohnraum zu finden,
ist ein großes Thema
und leider auch Problem
für viele Frauen.**

Kontakt:

Beratungs- und Interventionsstelle Frauen helfen Frauen e.V.

Berger Straße 40–42
60316 Frankfurt am Main
Tel. (069) 48986551

Anonyme Onlineberatung:
www.onlineberatung.frauenhaus-ffm.de

Autonomes Frauenhaus Frauen helfen Frauen e.V.

Postfach 560235
60407 Frankfurt am Main
Tel. (06101) 48311
Fax (06101) 4604
info@frauenhaus-ffm.de
www.frauenhaus-ffm.de

Gewaltschutzgesetz:

Gesetz zum zivilrechtlichen Schutz vor Gewalttaten und Nachstellungen, in Kraft getreten am 01.01.2002.

www.dejure.org/gesetze/GewSchG

Betroffene von Gewalt haben die Möglichkeit, gegen den Täter im Wege der einstweiligen Anordnung beim Familiengericht ein befristetes Kontakt- und Näherungsverbot zu erwirken. Bei häuslicher Gewalt kann auch die Wohnungszuweisung beantragt werden. Unter Gewalt ist nicht nur körperliche Gewalt wie eine Körperverletzung oder häusliche Gewalt zu verstehen, auch psychische Gewalt wie Telefonterror, Nachstellung oder Stalking zählen dazu.

Was versteht man unter Stalking?

Stalker_innen belästigen, verfolgen und bedrohen die von ihnen ausgewählten Personen oft intensiv und über längere Zeiträume hinweg. Die Übergriffe nehmen dabei viele Formen an bis hin zu körperlicher und sexueller Gewalt. Nur wenige Stalker_innen leiden an einer psychischen Erkrankung, die als Auslöser oder Ursache für ihr Verhalten gilt.

Beispiele für Stalking sind:

- Telefonanrufe, SMS-Mitteilungen, Nachrichten auf dem Anrufbeantworter oder E-Mails zu allen Tages- und Nachtzeiten
- Liebesbriefe, Blumen oder Geschenke
- Warenbestellungen im Namen der Betroffenen
- Verfolgen und Auflauern – zum Beispiel vor der Wohnung, dem Arbeitsplatz oder dem Supermarkt
- Falschbeschuldigungen – zum Beispiel gegenüber dem Arbeitgeber oder der Arbeitgeberin
- Ausfragen des Bekanntenkreises
- Sachbeschädigungen
- Beleidigungen, Verleumdungen
- Bedrohungen, Nötigungen

www.hilfetelefon.de > Gewalt gegen Frauen
> Stalking

Weitere Adressen und Anlaufstellen:**Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V.**

Schutz und Beratung für Frauen, die von Gewalt betroffen sind, in über 15 Sprachen.

Telefonnummern Tag und Nacht

Tel. (069) 43054766

Tel. (069) 6312614

Tel. (069) 412679

frauenhaus@frankfurter-verein.de

www.frauenhaus-frankfurt.de

FeM Mädchenhaus Frankfurt e.V.

FemJa – Anonyme Schutzwohnungen

für junge Frauen von 18 bis 21 Jahren

Telefon Mo, Mi von 14 bis 16 Uhr und

Di, Do, Fr von 10 bis 12 Uhr

Tel. (069) 37006721

femja@fem-maedchenhaus.de

www.fem-maedchenhaus.de

Polizei:**Notruf Polizei – 110****Polizeipräsidium Frankfurt am Main****Abteilung E 4 – Prävention**

Frau Verena Gerstendorff

Koordinatorin Häusliche Gewalt/Stalking

Adickesallee 70

60322 Frankfurt am Main

Tel. (069) 75534221

verena.gerstendorff@polizei.hessen.de

Polizeipräsidium Frankfurt am Main**Abteilung E 4 – Prävention**

Migrationsbeauftragte der Polizei

Frau Emel Akbulut

Tel. (069) 755 34005

migrationsbeauftragte.ppffm@polizei.hessen.de

Frau Nesrin Tavasolli

Tel. (069) 75534006

nesrin.tavasolli@polizei.hessen.de

Herr Nassif Khalil

Tel. (069) 75534007

nassif.khalil@polizei.hessen.de

Migrantinnen-Selbstorganisationen:**Deutsch-Iranische Beratungsstelle für Frauen und Mädchen e.V.**

Der Verein berät persisch-sprachige Migrantinnen und geflüchtete Frauen, insbesondere Iranerinnen und Afghaninnen und ihre Familien.

Hohenstaufenstr. 8

60327 Frankfurt am Main

Tel. (069) 772050

dib-frauen@web.de

www.dib-frauen.de

IMBRADIVA e.V.**Brasilianische Fraueninitiative**

Adalbertstraße 36a

60486 Frankfurt am Main

Tel. (069) 97264269 (Anrufbeantworter)

mail@imbradiva.org

www.imbradiva.org

Maisha e.V.**African Women in Germany**

Neue Kräme 32

60311 Frankfurt am Main

Tel. (069) 90434905

Fax (069) 90435643

maisha-african-women@gmx.de

www.maisha.org

RAHMA – Muslimisches Zentrum für Mädchen, Frauen und Familie e.V.

Der Verein berät und unterstützt Mädchen, Frauen und Familien, insbesondere mit muslimischem Hintergrund.

Postfach 12 01 37 (Hausanschrift auf Anfrage)

60114 Frankfurt am Main

Tel. (069) 40036213

Tel. (069) 40036314

beratung@rahmazentrum.de

www.rahmazentrum.de

ZAN – Hilfsorganisation zur Förderung der Rechte Afghanischer Frauen e.V.

Eckenheimer Landstr. 52

60318 Frankfurt am Main

Tel. (069) 59796126

info@zanev.de

www.zanev.de

Hilfe für Jungen und Mädchen:

Deutscher Kinderschutzbund

Bezirksverband Frankfurt am Main e.V.
Angebote für Kinder, Eltern und Fachkräfte
Comeniusstr. 37 / 1. Stock
60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 97090120
beratungsstelle@kinderschutzbund-frankfurt.de
www.kinderschutzbund-frankfurt.de

FeM – Feministische Mädchenarbeit e.V.

Mädchenhaus Frankfurt
Eschersheimer Landstraße 534
60433 Frankfurt am Main
Tel. (069) 531079
maedchenberatung@fem-maedchenhaus.de

Dort wird auch eine Onlineberatung angeboten für Mädchen und junge Frauen zwischen 12 und 25 Jahren.

www.fem-maedchenhaus.de

Frankfurter Kinderbüro

Stadtschulamt
Schleiermacherstraße 7
60316 Frankfurt am Main
Tel. (069) 212-39001
Fax (069) 69430247
kinderbuero@stadt-frankfurt.de
www.frankfurter-kinderbuero.de

Jugend- und Sozialamt der Stadt Frankfurt

Psychologische Fachstelle Kinderschutz
Eschersheimer Landstraße 241–249
60320 Frankfurt am Main
Tel. (069) 212-33604

Frankfurter Kinder- und Jugendschutztelefon

Mo bis Fr von 8 bis 23 Uhr,
Sa, So und Feiertage von 10 bis 23 Uhr
Kinder, Jugendliche, Eltern und alle Bürgerinnen und Bürger können sich unter der kostenlosen Servicenummer **0800 20 10 111** über Angebote rund um den Kinderschutz informieren und beraten lassen.

NummergegenKummer: 116 111

www.nummergegenkummer.de

Wildwasser Frankfurt e.V.

Wildwasser Frankfurt e.V. ist eine Beratungsstelle gegen sexuellen Missbrauch und erste Anlaufstelle für Mädchen und Frauen, die sexuellen Missbrauch erlebt haben oder erleben.
Böttgerstr. 22
60389 Frankfurt am Main
Tel. (069) 95502910
kontakt@wildwasser-frankfurt.de
www.wildwasser-frankfurt.de

Für Frauen und Mädchen mit Behinderung:

Lebenshilfe Frankfurt am Main e.V.

Friedrich-Wilhelm-von-Steuben-Straße 2
60487 Frankfurt am Main
Tel. (069) 174892500
info@lebenshilfe-ffm.de
www.lebenshilfe-ffm.de

Suse – sicher und selbstbestimmt

Ein Projekt des bff: Bundesverband Frauenberatungsstellen und Frauennotrufe Frauen gegen Gewalt e.V.
Tel. (030) 32299500
suse@bv-bff.de
www.suse-hilft.de

Bei Trauma:

Institut für Traumabearbeitung und Weiterbildung Frankfurt

Das Institut für Traumabearbeitung bietet in seiner Ambulanz traumatisierten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen erste vertrauliche Gespräche an.
Waidmannstraße 25
60596 Frankfurt am Main
Tel. (069) 46990053
Fax (069) 46990052
orga@institut-traumabearbeitung.de
www.institut-fuer-traumabearbeitung.de

Trauma- und Opferzentrum e.V.
Beratung für Opfer und Zeugen
 Zeil 81
 60313 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 21655828
 info@trauma-undopferzentrum.de
www.trauma-undopferzentrum.de

FATRA e.V.
 (Frankfurter Arbeitskreis Trauma und Exil)
 Fatra e.V. ist eine psychosoziale Beratungsstelle
 für Flüchtlinge und Folteropfer.
 Lindleystraße 15
 60314 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 499174
 Fax (069) 498526
 info@fatra-ev.de
www.fatra-ev.de

Für Schwangere in Not:

Das bundesweite Hilfetelefon „Schwangere in Not“ ist rund um die Uhr und kostenlos unter der Rufnummer **0800 40 40 020** erreichbar – bei Bedarf in 18 Sprachen, anonym und absolut vertraulich. Dort erhalten Schwangere Kontakt zu einer Schwangerschaftsberatungsstelle vor Ort. Sie können sich auch online beraten lassen.
www.schwanger-und-viele-fragen.de

Vertrauliche Geburt mit der Aktion Moses
Familienzentrum Monikahaus
Sozialdienst kath. Frauen e.V.
 Anonyme Sprechstunde: Di von 9.30 bis 10.30
 Tel. (069) 9738230
 monikahaus@skf-frankfurt.de
www.skf-frankfurt.de

Pro Familia Beratungsstelle Frankfurt-Main
 Fragen zu Schwangerschaft, Verhütung, unerfüllter Kinderwunsch, Sexualität und Partnerschaft, Sexualität und Behinderung.
 Palmengartenstraße 14
 60325 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 90744744
 frankfurt-main@profamilia.de
www.profamilia.de > Beratungsstellen > Frankfurt am Main

Für Männer:

Frankfurt für Männer und Jungen
www.frankfurt.de > Leben in Frankfurt > Soziales & Gesellschaft > Männer & Jungen

Informationszentrum für Männerfragen e.V.
 Das Frankfurter Männerzentrum ist Ansprechpartner für Männer zu Vaterschaft, Männer mit Gewaltproblematik, Männer als Opfer, Sexualberatungen, Missbrauch, Paarberatung etc.
 Sandweg 49
 60316 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 4950446
 infozentrum@maennerfragen.de
www.maennerfragen.de

Beratungsstellen für LSBTIQ-Personen:

Beratungsstelle für lesbische Migrantinnen
 c/o Deutsch-Iranische Beratungsstelle
 Hohenstaufenstraße 8
 60327 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 77 20 50
 dib-frauen@web.de
www.dib-frauen.de

Beratungsstelle gewaltfreileben
 Beratungsstelle für lesbische Frauen, Trans* und genderqueere Menschen
 c/o Broken Rainbow e.V.
 Beratung für lesbische Opfer von Gewalt
 Kasseler Straße 1A
 60486 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 43005233
 beratung@broken-rainbow.de
www.gewaltfreileben.org

Broken Rainbow e.V.
 Gewaltprävention und Intervention für Lesben und Trans*Personen
 Kasseler Straße 1a
 60486 Frankfurt
 Telefon Di bis Do von 14 bis 18 Uhr:
 (069) 70794300
 frankfurt@broken-rainbow.de
www.broken-rainbow.de

LIBS, Lesben Information und Beratungsstelle e.V.

Alte Gasse 38
60313 Frankfurt am Main
Tel. (069) 282883
info@libs.w4w.net
www.libs.w4w.net

SWITCHBOARD

Alte Gasse 36
60313 Frankfurt am Main
Tel. (069) 13387930
Fax (069) 284401
martin.franke@frankfurt.aidshilfe.de
www.switchboard-ffm.de

Präventionsrat:

**Stadt Frankfurt am Main
Geschäftsstelle des Präventionsrates**

Tel. (069) 212-35443
praeventionsrat@stadt-frankfurt.de
www.gewalt-sehen-helfen.de

Mehrsprachige Quellen im Internet:

Der Arbeitskreis Neue Erziehung e.V. hat einen Elternbrief zum Thema häusliche Gewalt und Kinder in vier Sprachen (deutsch, arabisch, russisch, türkisch) veröffentlicht. Der Brief enthält Informationen und praxisbezogene Ratschläge zum Umgang mit Gewalt in der Familie oder im nahen sozialen Umfeld. Der Brief kann bestellt werden oder er steht kostenfrei zum Download zur Verfügung.

www.ane.de > **Bestellservice**
> **Häusliche Gewalt**

**Ärzt_innenmappe und Patientinnen-Magazin
Zeitbild MEDICAL „Gewalt gegen Frauen“**

Der Zeitbild Verlag hat gemeinsam mit der Zeitbild Stiftung und dem Bundesfamilienministerium das Zeitbild MEDICAL „Gewalt gegen Frauen“ entwickelt, das aktuell in einer überarbeiteten und erweiterten Neuauflage in den Sprachen Deutsch, Englisch, Arabisch, Russisch und Türkisch erschienen ist. Sie können kostenlos und portofrei bestellt werden unter:

www.gesundheit-und-gewalt.de
> **kostenfreie-bestellung**

Mehrsprachige Informationen von pro familia
www.profamilia.de/publikation-forum-onlineberatung/publikationen/publikationen.html

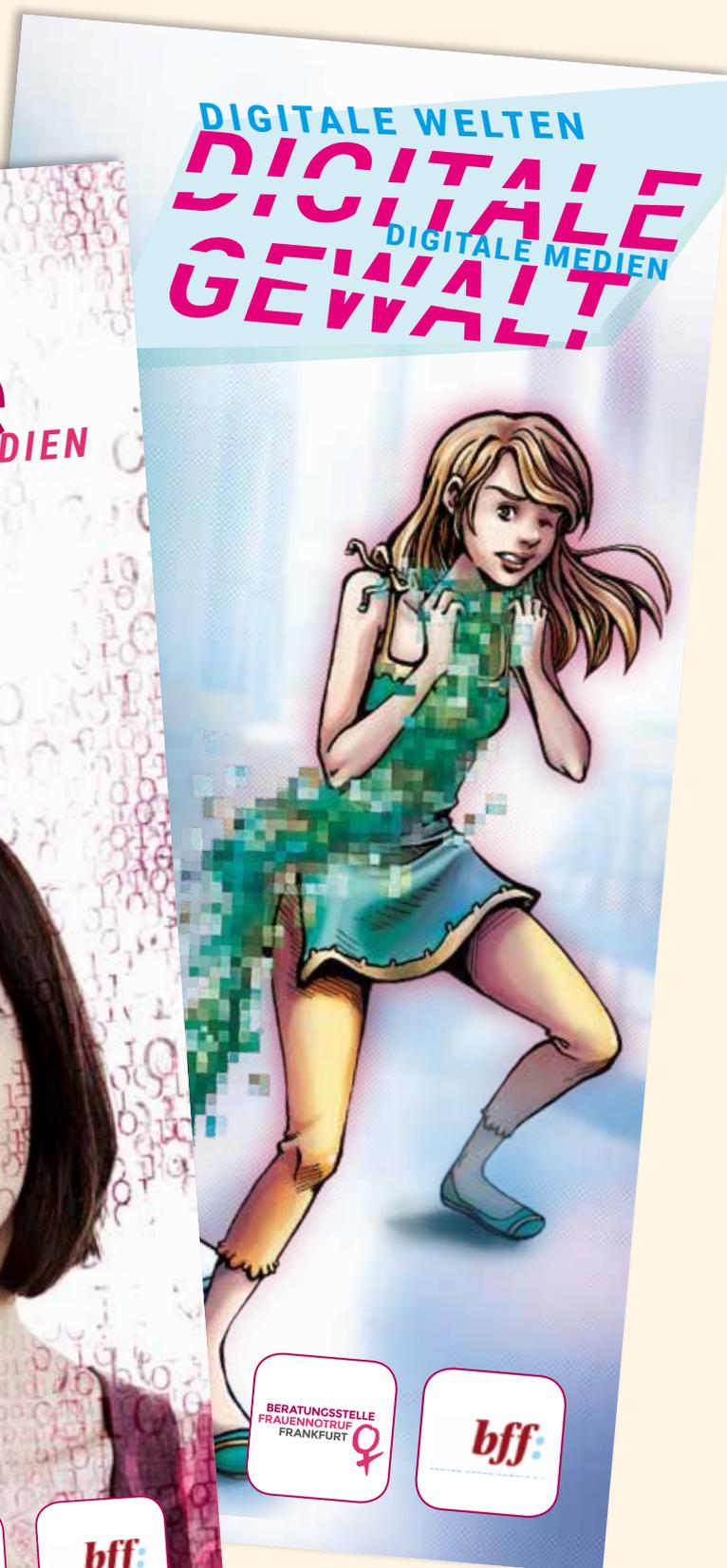
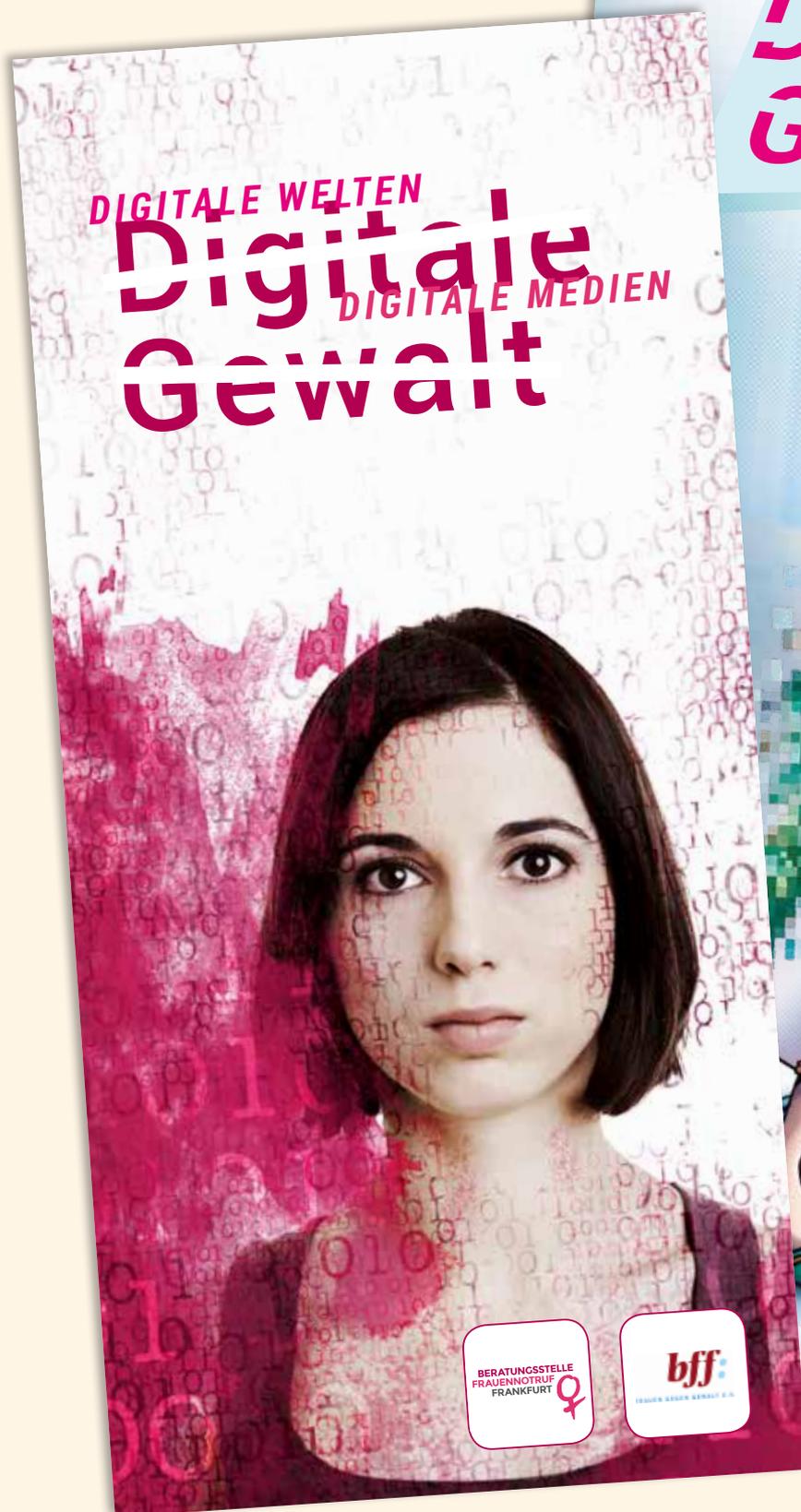
**WIE KANN ICH
UNS SCHÜTZEN?**

GEMEINSAM FINDEN WIR ANTWORTEN. HILFETELEFON GEWALT GEGEN FRAUEN:
08000 116 016

VERTRAULICH • KOSTENFREI • RUND UM DIE UHR WWW.HILFETELEFON.DE

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend | Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben

**HILFETELEFON
GEWALT GEGEN FRAUEN
+ 08000 116 016**



Alle Materialien können unter www.frauennotruf-frankfurt.de bestellt und heruntergeladen werden.

Hilfe und Unterstützung nach Gewalterfahrungen

Beratungsstelle Frauennotruf Frankfurt

Seit 35 Jahren bietet der Frauennotruf Frankfurt Mädchen und Frauen, die von sexualisierter, körperlicher, psychischer oder auch digitaler Gewalt bedroht sind, umfassende Beratung und Hilfe in Krisenzeiten an. Gewaltprävention, fachpolitische Beratung, Fortbildungsangebote und Kampagnen gehören ebenfalls zum Arbeitsalltag dieser Institution. Seit 2013 hat der Frauennotruf die Initiative „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigungen“ in Frankfurt und Offenbach etabliert – ein wichtiges Angebot, das Betroffenen direkte medizinische Hilfe ohne Hürden bietet.

In Frankfurt engagiert sich die Beratungsstelle Frauennotruf seit 1982. Das Team aus vier Festangestellten, mehreren Honorarkräften und vielen Ehrenamtlichen arbeitet im Ökohaus am Westbahnhof und ist in jeder Hinsicht gut erreichbar. Über die konkreten Beratungsangebote des Frauennotrufs können sich von Gewalt bedrohte oder betroffene Frauen telefonisch oder über die Homepage informieren; zudem machen Flyer und Plakatkampagnen in der Stadt auf das Angebot aufmerksam. Dennoch fällt vielen Frauen der Weg in die Beratung sehr schwer, erklärt A. Wagner, die bereits seit 22 Jahren für den Verein arbeitet und heute Geschäftsführerin ist. Hürden seien unter anderem Tabuisierung, Schamgefühle, Rücksicht auf Kinder und familiäre Kontexte, Ängste oder auch Sprachbarrieren. Durch seine Öffentlichkeitsarbeit, durch Präventionskampagnen und über Multiplikator_innen versucht der Frauennotruf, möglichst viele Frauen zu erreichen und ihnen den Weg in die Beratung zu ebnen. Dazu gehören unter anderem Kampagnen in Bussen und Bahnen oder auf Facebook, Flyer mit den wichtigsten Informationen zum Angebot des Notrufs sowie Schulungen und Fortbildungen für Multiplikator_innen und Fachkräfte, unter anderem aus dem Gesundheitswesen – insbesondere Gynäkolog_innen und niedergelassene Ärzt_innen.

Daneben sind Netzwerkarbeit und die Kooperation mit vielen ganz unterschiedlichen Partner_innen und Institutionen essenziell für die Arbeit des gemeinnützigen Vereins. Dazu zählen beispielsweise Arbeitskreise mit der Polizei und deren Fachkommissariaten zu den Themen digitale und sexualisierte Gewalt, die Zusammenarbeit mit dem Jugend- und Sozialamt, mit Kliniken und der Landesärztekammer, dem Frauenreferat, dem Gesundheitsamt, dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt und vielen anderen.

Der erste Schritt

Das erste Wegstück ist meist das schwierigste für die Frauen: der Schritt heraus aus dem Schweigen und dem Ertragen von Gewalt hin zu Beratung, Unterstützung und professioneller Hilfe – und somit perspektivisch zu einem selbstbestimmten und gewaltfreien Leben. Wenn eine Frau sich beim Frauennotruf meldet, erhält sie immer zeitnah einen Termin. Lange Wartezeiten wären in solchen Not-situationen für viele eine zusätzliche Hürde und Belastung. Jüngere Frauen fänden den Weg zum Frauennotruf meist über das Internet und die Infos auf der Homepage, andere eher über das Telefonbuch oder Aufkleber in Bus und Bahn, berichtet Wagner.

In der Beratungsstelle finden Frauen und Mädchen Hilfe und Unterstützung. Bedrohung und Verfolgung, Nachstellung und Telefonterror, digitale Gewalt, versuchte und vollendete Vergewaltigung, sexuelle Nötigung oder Belästigung, Körperverletzung und psychische Gewalt nennt Wagner als Beratungsschwerpunkte der vergangenen Jahre. Nicht nur Betroffene, auch Angehörige, Freundinnen oder Freunde, Fachkräfte und Multiplikator_innen können sich an den Frauennotruf wenden. Die Beratung kann telefonisch oder persönlich stattfinden, eine Kontaktaufnahme per Mail ist auch möglich. Das Beratungsangebot ist kostenlos und kann anonym genutzt werden. „2016 nutzten 624 Frauen die Beratungsangebote“, so Wagner.

Ein Ort, an dem zugehört wird

Jemandem Vertrauen können: Dies ist vielleicht das Allerwichtigste bei den ersten Schritten hinaus aus der oft jahrelangen Erfahrung sexualisierter Gewalt, Körperverletzung oder psychischer Gewalt. Nur wer sich sicher und verstanden fühlt, kann über das Erlebte sprechen und Hilfsangebote annehmen. Bei der Beratungsstelle Frauennotruf finden viele Betroffene einen ersten Ort, an dem ihnen in Ruhe zugehört wird. Die fachliche Kompetenz der Mitarbeiterinnen und deren langjährige Erfahrungen bilden die Basis für eine konstruktive Beratung und vertrauensvolle Atmosphäre, in der Hilfesuchende sich aufgehoben fühlen. Nichts geschieht gegen ihren Willen oder ohne ihr Einverständnis. Die Hilfe bei Klärungs- und Bewältigungsprozessen, die die Frauen hier finden, ist ganz individuell auf jede Einzelne bezogen. Sie können sich darauf verlassen, dass der Inhalt der Gespräche vertraulich ist.

Die Fragestellungen und Schwerpunkte in den Beratungsgesprächen sind vielfältig und spiegeln die komplexen und individuellen Anliegen der Hilfesuchenden:

Wie kann ich mich und meine Kinder in Zukunft schützen? Wie gehe ich mit Gewalt im Arbeitskontext um? Soll ich Anzeige erstatten? Wie finde ich einen Anwalt oder eine Anwältin, einen Therapeuten oder eine Therapeutin, ein Frauenhaus? Wo

kann ich wohnen, wenn die Gewalt in meinem Zuhause stattfindet? Wer kann mich gegenüber meinen Eltern unterstützen, besonders, wenn ich minderjährig bin? Wer informiert bei Trennung und Scheidung? Welche medizinischen und therapeutischen Hilfen gibt es? Welche Rechte habe ich? Und an wen kann ich mich wenden, wenn es um Kostenübernahmen oder Zuschüsse in diesem Kontext geht? Das sind einige der zentralen Fragen in den Beratungssituationen, für die der Frauennotruf Unterstützungsangebote bereithält.

Gewalterfahrungen sind ein Thema, das sich wie ein roter Faden durch alle Beratungssituationen zieht: verbale Gewalt, sexualisierte Gewalt, körperliche und digitale Gewalt – „von Drohungen über einmalige Ohrfeigen bis hin zu wiederkehrenden massiven körperlichen Angriffen und Vergewaltigungen“, erklärt Wagner.

Die Beratungs- und Hilfsangebote werden von 14- bis 70-Jährigen in Anspruch genommen. Die Frauen, die die Beratungsstelle aufsuchen, spiegeln alle Gesellschaftsschichten und Bildungsweg: von Arbeitsuchenden, Selbstständigen, Wohnungslosen, Auszubildenden oder Studentinnen, Verkäuferinnen, Krankenschwestern bis hin zu sehr gut bezahlten Akademikerinnen und Fach- und Führungskräften. Das gilt umgekehrt auch für die Täterprofile.

„Es gibt Frauen, die mit geringen eigenen Ressourcen zu uns kommen und andere, die über vielfältige Möglichkeiten verfügen“, berichtet Wagner. Dementsprechend differenziert verläuft auch die Beratung und die Hinführung zu anschließenden Hilfsangeboten. Allen Frauen bietet der Frauennotruf die Unterstützung an, die jeweils individuell passend und notwendig ist.

Viele der Frauen befürchten, dass durch die Beratung auch die Polizei über den Vorfall informiert werden könnte. Das geschieht aber nur dann, wenn die Ratsuchende es explizit wünscht, erklärt Wagner. Dieser Punkt ist extrem wichtig, weil die Angst vor der Polizei nach wie vor viele Frauen vom Weg in die Beratung abhält.

Ganz vereinzelt melden sich auch betroffene Männer. Sie erhalten Erstinformationen und werden an eine der Fachberatungsstellen für Männer in Frankfurt verwiesen, die dann die Beratungsarbeit übernehmen.

Migrantinnen und geflüchtete Frauen

Prozentual erreichen und beraten wir Frauen mit Migrationshintergrund entsprechend ihres Bevölkerungsanteils in Frankfurt“, erläutert Wagner. „Diese Zahlen widerlegen das landläufige Vorurteil, dass vor allem Migrantinnen Opfer von Gewalt seien.“

Geflüchtete Frauen kamen bislang nur vereinzelt in die Beratung. 2015 waren es sieben, 2016 zwanzig. Aufgrund der sprachlichen Barrieren und fehlender Informationen sind geflüchtete Frauen meist abhängig von Dritten, die den Kontakt zur Beratungsstelle herstellen. Für die Zukunft geht der Verein davon aus, dass die Anfragen geflüchteter Frauen stark zunehmen. Deshalb habe, so Wagner, der Frauennotruf bereits sein seit vielen Jahren bestehendes Dolmetscherinnen-Netzwerk vorsorglich erweitert.

Nicht nur wegen des Einsatzes von Dolmetscherinnen, sondern auch aufgrund der Schwere und Vielfalt des Erlebten und der vielfältigen Problemlagen der Betroffenen sind Beratungen von Geflüchteten oft komplex und langwierig. Wagner weist auf wichtige zu klärende Fragen hin, die in diesem Kontext häufig auftreten: Zur erlebten Gewalt und deren Tabuisierung kommen auch Fragen rund um die Flucht und den Aufenthaltsstatus hinzu, die den Zugang zu Anlaufstellen zusätzlich erschweren. Hier gibt es noch viel Handlungsbedarf, um die nötigen Infrastrukturen zu schaffen.

Für einen Teil der betroffenen Frauen ist der erste Schritt in Richtung Beratung in den vergangenen Jahren zwar leichter geworden, denn viele Vorurteile, Bedenken und Ängste konnten durch die Arbeit des Frauennotrufs abgebaut werden. Dennoch gibt es noch eine Menge zu tun, um das Vertrauen der Frauen zu gewinnen, die bisher den Weg zu einer Beratungsstelle scheuen. Dazu ist auch eine kontinuierliche Unterstützung durch Stadt- und Kommunalpolitik nötig, ebenso die Bereitstellung und Förderung von bezahlbarem Wohnraum für hilfesuchende Frauen oder die verlässliche Förderung der anschließenden Hilfesysteme.

Kontakt:

Notruf und Beratung für vergewaltigte
Frauen und Mädchen e.V.
Kasseler Straße 1a
60486 Frankfurt am Main
Tel. (069) 709494
Fax (069) 79302795
info@frauennotruf-frankfurt.de

www.frauennotruf-frankfurt.de

NÜTZLICHE INFORMATIONEN



Illustration:
Verena Lettmayer

„Raus aus Verbergen und Scham ...“

Folgen traumatischer Gewalterfahrungen

Das Thema der gesundheitlichen Auswirkungen von Gewalt spielt bei fast allen Beratungen des Frauennotrufs eine wesentliche Rolle. Betroffene Frauen leiden unter den Folgen der erlebten Gewalt oft noch Jahre und Jahrzehnte nach der Tat. Die Scham zu überwinden und über das Geschehene überhaupt reden zu können, ist ein erster wichtiger Schritt heraus aus der Isolation und hin zu einem selbstbestimmten und angstfreien Leben. Dr. phil. Susanne Döll-Hentschker arbeitet als Psychoanalytikerin seit über 20 Jahren mit dem Team des Frauennotrufs zusammen. Sie ist seit zehn Jahren im Vorstand des Vereins tätig und hält u. a. Vorträge auf Fortbildungen zur medizinischen Betreuung betroffener Frauen. Die traumatisierenden Folgen von Gewalt bilden auch einen Schwerpunkt ihrer Arbeit als Therapeutin.

Das Spektrum der Gewalterfahrungen, die im Frauennotruf zur Sprache kommen, umfasst sexuelle, körperliche, seelische, verbale und auch digitale Gewalt. Dazu gehören Gewalt im häuslichen Bereich, die von Bedrohung bis zu schwerer Körperverletzung reichen kann, verbale Entwertung, Hausarrest, Mittellosigkeit durch Geld- und Entscheidungszug, digitale Gewalt, bei der etwa Intimes veröffentlicht wird oder Mobbing stattfindet, Misshandlungen und Vernachlässigung in der Kindheit, sexueller Missbrauch von Kindern oder Erwachsenen in Abhängigkeitsverhältnissen, Vergewaltigungen und auch Foltererfahrungen, etwa bei Flüchtlingen. Nur sehr selten erfolgt bei all diesen Ausprägungen körperliche Gewalt ohne psychische Gewalt; eine klare Trennung zwischen beiden ist kaum möglich.

Solche Gewalterfahrungen führen bei einem hohen Prozentsatz der Betroffenen zu langfristigen psychischen Beeinträchtigungen oder Störungen, berichtet Dr. Susanne Döll-Hentschker. Durch eine traumatische Erfahrung wird das eigene Selbstverständnis, die eigene Integrität, aber auch das Vertrauen in andere und in die Welt insgesamt erheblich erschüttert. Bei vielen Frauen entsteht der Bedarf an einer Therapie dennoch oft erst einige Jahre nach der Gewalterfahrung.

Döll-Hentschker begegnet in ihrer Arbeit als Therapeutin ganz unterschiedlichen Fällen von Gewalterfahrungen bei Frauen. Auch die psychischen und physischen Folgen können daher ganz unterschiedlich sein. Die späteren Auswirkungen sind u. a. auch abhängig vom Täterprofil und davon, wie oft beziehungsweise wie lange die Frauen unter den Gewaltsituationen litten. Das Spektrum reicht von „Einmaltaten“ durch Fremde bis zu – was leider sehr häufig der Fall ist – Tätern aus dem nächsten sozialen Umfeld: Freunde, Bekannte, Verwandte oder der eigene Partner und Gewaltbeziehungen, die über Jahre andauern können, so Döll-Hentschker.

Der Wechsel zwischen Verleugnung, Kompensation und Erinnerung, den die Frauen nach solchen Taten erleben, führt im besten Fall zu einer Abmilderung und teilweiser Integration der traumatischen Erfahrungen. Häufig stellen die Frauen jedoch Verbindungen her, die eine erhebliche weitere Belastung darstellen können: So nehmen sie die Schuld für das Geschehene teilweise auf sich („Wäre ich nicht dort gewesen ...“, „Hätte ich nicht so wütend reagiert ...“) und versuchen, aus dem Erlebten Konsequenzen für künftiges Verhalten zu ziehen. Dabei kommt es häufig zu Übergeneralisierungen: Das Trauma wird quasi zur Normalität erklärt, an der sich Planung und Handlungen ausrichten, was erhebliche Ein-

schränkungen im Alltag bedeuten kann.

Symptome und Folgen von sexualisierter Gewalt

„Die Symptome, die nach körperlicher und sexueller Traumatisierung auftreten können, korrespondieren mit solchen psychischen Bewältigungsprozessen, die in großen Teilen unbewusst stattfinden“, sagt Döll-Hentschker und nennt als Beispiele für derartige Symptome: Ein- und Durchschlafschwierigkeiten, Albträume, erhöhte Reizbarkeit, Konzentrationsschwierigkeiten, übermäßige Wachsamkeit und Schreckhaftigkeit, Erinnerungslücken bezogen auf das traumatische Erlebnis, eine allgemeine Interessenverminderung, Entfremdungsgefühle gegenüber anderen Menschen und dem eigenen Leben, eingeschränkte Emotionalität, Störungen der Impulskontrolle wie z. B. Wutausbrüche, Depressionen, Angststörungen, Scham- und Schuldgefühle oder ein vermindertes Selbstwertgefühl, das Gefühl einer grundlegenden Verletzung der eigenen Integrität, vielfältiges Vermeidungsverhalten, Verlust von Zukunftsvorstellungen. Hinzu kommt oft, vor allem bei länger andauernden traumatischen Erfahrungen, eine Reviktimisierungsneigung: Durch ein exzessives Risikoverhalten bringen sich die Betroffenen in Situationen mit der gleichen Traumatisierungsgefahr. Es steigt die Gefahr, dass sie erneut Opfer sexueller Gewalt werden. Zudem kann es zu Alkohol-, Medikamenten- oder Drogenmissbrauch kommen, der als eine Art Selbstheilungsversuch zu verstehen ist.

Scham und Schutz

„(Sexuelle) Gewalt in Bindungsbeziehungen führt immer auch zu Schamgefühlen und Gefühlen der Demütigung“, berichtet die Psychoanalytikerin. „Scham ist eine Emotion, die im Zusammenhang mit digitaler, körperlicher und/oder sexueller Gewalt eine wichtige Rolle spielt; sie dient grundsätzlich dem Selbstschutz und tritt als Folge einer Verletzung des Selbst oder eines Verlusts der Selbstkontrolle auf.“

Aber was ursprünglich dem Sich-Schützen dient, führt häufig in eine ausweglos erscheinende Isolation. „Je größer die Scham, desto größer der Wunsch zu verschwinden. Scham ist daher eine Emotion, die einer nach außen gerichteten Handlung entgegenwirkt. Wer sich verbergen will, erstattet keine Anzeige, die erklärt, begründet und belegt werden muss“, erklärt Döll-Hentschker. Damit befinden sich die betroffenen Frauen oft in einer nach außen „verschlossenen“ Situation, sie verharren im Verborgenen und im Verbergen der erlebten traumatischen Gewalterfahrung, aus der sie nur schwer den Weg ins Gespräch, in die Beratung finden können.

Da es sich oft um bekannte Täter oder den eigenen Partner handelt, ist es für die Frauen später meist sehr schwierig, in einer neuen Liebesbeziehung wieder Vertrauen aufbauen zu können, da das Grundvertrauen fundamental verletzt wurde. Das gilt auch für digitale Gewalt, bei der Intimes in einen öffentlichen Raum gebracht wird. Frauen und Mädchen, die einen derart massiven Vertrauensbruch und Machtmissbrauch erfahren haben, empfinden oft ein „grundlegendes Misstrauen, das zukünftige intime Beziehungen erschwert oder gar unmöglich macht“, so Döll-Hentschker.

Wer kommt in die Beratung?

Primär nutzen Einzelpersonen im Alter zwischen 18 und 50 Jahren die Beratungs- und Hilfesysteme. Sie gehören allen gesellschaftlichen Gruppen an, von der Harz-IV-Empfängerin bis zur Akademikerin. Wenn die betroffenen Frauen den Schritt wagen, sich auf eine Therapie einzulassen, dann entwickle sich meist ein jahrelanger Prozess der Begleitung, erläutert Döll-Hentschker. Die Kosten für eine solche therapeutische Begleitung werden von den Krankenkassen übernommen.



„Kein Grund, sich zu schämen ...“



Dr. Sonja Piltz

„Kein Grund, sich zu schämen ...“

Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigungen

Der Frauennotruf hat ein weiteres wichtiges Projekt auf den Weg gebracht: die Initiative „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigungen“. Sie hat ermöglicht, dass vergewaltigte Frauen in sieben Kliniken in Frankfurt und zwei Kliniken in Offenbach eine schnelle medizinische Versorgung in Anspruch nehmen können, ohne dass eine polizeiliche Anzeige vorausgeht. Seit dem Projektstart 2013 ließen sich bereits 127 Personen behandeln. Zu einer rückwirkenden Anzeigenerstattung kam es bislang in zehn Fällen.

Jede Vergewaltigung ist ein medizinischer Notfall. Seit 2013 gibt es die Initiative „Medizinische Soforthilfe nach Vergewaltigungen“ in Frankfurt und Offenbach, die betroffenen Frauen direkte medizinische Soforthilfe ohne große Hürden anbietet.

Dr. med. Sonja Pilz ist Ansprechpartnerin für das Projekt am Klinikum Höchst, einer der Kliniken, die diese Soforthilfe anbieten.

In den teilnehmenden Kliniken erhalten die betroffenen Frauen Hilfe und das Angebot zur Sicherung möglicher Spuren. Vertraulich, und ohne dass die Polizei eingebunden werden muss.

Als ärztliche Beraterin arbeitet Pilz bereits seit Jahren mit dem Frauennotruf zusammen. In dieser Zeit hat sie viele Erfahrungen gesammelt, viel gesehen und gehört – in Beratungen und Fortbildungen, die sie in Kooperation mit dem Frauennotruf durchführt. „Für mich ist diese Arbeit menschlich und politisch essentiell – vor allem die Solidarität mit den betroffenen Frauen“, erklärt sie ihr Engagement. „Als Ärztin ist mir eine gute Versorgung der Frauen wichtig.“

In Frankfurt sind derzeit folgende Kliniken beteiligt:

Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe
im Klinikum Frankfurt Höchst GmbH

Klinik für Frauenheilkunde und Geburtshilfe im Klinikum
der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe im Krankenhaus Nordwest

Klinik für Gynäkologie und Geburtshilfe im Markus Krankenhaus

Frauenklinik im St. Marienkrankenhaus

Krankenhaus Sachsenhausen, Abteilung für
Gynäkologie und Geburtshilfe

Frauenklinik im Bürgerhospital

und das Institut für Rechtsmedizin
im Klinikum der
Goethe-Universität

Kein Entscheidungsdruck in der Notsituation

Für viele Frauen stellt es einen inneren Konflikt dar, ob sie die Tat anzeigen oder nicht anzeigen sollen. Diese Frage können die meisten in der Notsituation nur schwer für sich beantworten. Persönliche und familiäre Bedenken, Scheu vor dem Kontakt mit der Polizei und eventuellen juristischen Folgen oder eigene internalisierte Schuld- und Schamgefühle spielen dabei oft eine Rolle. Meist verzichten die Frauen nicht nur auf eine Anzeige, sondern auch auf medizinische Versorgung – weil sie sich unsicher fühlen, sich schämen, verängstigt oder traumatisiert sind. Die gesellschaftliche Tabuisierung des Themas kommt noch hinzu.

Früher war es nur unter Einbeziehung der Polizei und bei einer Anzeige möglich, eine Spurensicherung durchzuführen. Für viele Frauen war das eine große Hürde: nach der Vergewaltigung – oft verstört, körperlich und psychisch verletzt – zunächst zur Polizei zu gehen und erst dann, nach der Schilderung des Vorfalls, in eine Klinik zur Versorgung und zur Spurensicherung begleitet zu werden.

Das Besondere an dem vom Frauennotruf initiierten Projekt sei der veränderte Fokus, erklärt Pilz. „Die medizinische Versorgung und der Schutz der Frauen stehen im Vordergrund. Zugleich gibt es auch das Angebot der Spurensicherung und gegebenenfalls einer Anzeige.“ Dass die betroffenen Frauen in der Klinik während der vertraulichen Behandlung selbst entscheiden können, ob sie nur eine medizinische Versorgung in Anspruch nehmen oder auch mögliche Spuren sichern lassen möchten, sei ein ganz wesentlicher Punkt der Initiative. „Das baut Barrieren ab und erleichtert den Betroffenen den Weg in die Versorgung und Beratung ohne Entscheidungsdruck“, so Pilz.

Entschließt sich eine Frau zu einer Spurensicherung, so muss sie sich nicht wie früher zugleich für eine Anzeige entscheiden. Sie kann das auch in den folgenden zwölf Monaten tun – oder gar nicht. Das schenkt den Frauen Freiraum und viel Zeit, um in Ruhe alles für sich zu klären. Wenn sie möchten mit Unterstützung von Beratungs- und Hilfesystemen. Auch darüber werden sie in der Klinik informiert.

Schweigepflicht und reden können

Die behandelnde Ärztin unterliegt selbstverständlich der ärztlichen Schweigepflicht. Nichts wird gegen den Willen der betroffenen Frau veranlasst. Auch die Polizei darf ohne den ausdrücklichen Wunsch der Betroffenen nicht informiert werden und es besteht keine Anzeigepflicht für die Ärztin. Die Frauen können sich daher sicher fühlen und vertrauensvoll in die Untersuchung und den Beratungsprozess gehen – eine Voraussetzung dafür, dass sie über das reden können, was geschehen ist. Das ist wichtig für die gesundheitliche Abklärung und den Überblick über mögliche Verletzungen. Gespräch und Untersuchung finden in einem rundum geschützten Rahmen statt, durch fachlich geschultes, einfühlsames Personal mit interkultureller Kompetenz. Das vertrauliche Gespräch mit der Ärztin – mit oder ohne Dolmetscherin – trägt so zur bestmöglichen Versorgung und Klärung bei. Die Begleitung durch Freund_innen und Angehörige ist möglich und kann sehr hilfreich sein.

Spurensicherung: In Ruhe eine Entscheidung treffen

Entscheidet sich eine Frau während der medizinischen Soforthilfe für eine Spurensicherung, dann kann sie innerhalb der nächsten 12 Monate in Ruhe entscheiden, ob sie eine Anzeige erstatten möchte oder nicht. Pilz berichtet in diesem Zusammenhang von einem Fall, bei dem eine Patientin mit vaginalen Verletzungen zur medizinischen Soforthilfe kam. Bei dem die Behandlung begleitenden Gespräch entschied sie sich für eine Spurensicherung, war aber noch sehr unentschlossen, ob sie Anzeige erstatten wollte. Erst ganz kurz vor Ablauf der zwölf Monate Frist habe die 30-jährige Frau sich für eine Anzeige entschieden. Das Beispiel zeigt, wie wichtig und sinnvoll das Angebot der medizinischen Soforthilfe ist, die betroffenen, oft traumatisierten Frauen zeitnah medizinisch zu versorgen und zu beraten, ihnen aber zugleich viel Zeit zu geben, um in Ruhe ihre Entscheidungen zu treffen.

Ablauf in der Klinik

Für die Untersuchung in der Klinik erarbeitete der Frauennotruf zusammen mit einer Facharbeitsgruppe einen Dokumentationsbogen, anhand dessen die behandelnde Ärztin die Untersuchung und Beratung durchführt.

Die Versorgung nach einer Vergewaltigung sollte möglichst zeitnah – spätestens drei Tage nach der Tat – in der Klinik erfolgen. Man kann sich direkt an eine der genannten elf Kliniken wenden oder vorher seine Gynäkologin oder seinen Gynäkologen kontaktieren und mit ihr/ihm den Gang zur Klinik in die Wege leiten. Pilz rät: Auch wenn keine sichtbaren Verletzungen vorliegen, sollte man eine der Kliniken aufsuchen, um sich untersuchen und beraten zu lassen. Die für eine eventuelle Strafverfolgung wichtigen Befunde (z. B. Täter-DNA) sind innerhalb der ersten 72 Stunden noch nachweisbar.

Liegt die Vergewaltigung bereits mehr als drei Tage zurück, dann ist eine Spurensicherung erfahrungsgemäß nicht mehr möglich, aber körperliche und seelische Veränderungen und Beschwerden können hier im Rahmen der Untersuchung in der Klinik oder bei einer/m niedergelassenen Frauenärztin/Frauenarzt besprochen, behandelt und dokumentiert werden. Letztgenannte sind im Anschluss für die Kontrolluntersuchungen, die nach der Erstuntersuchung notwendig sind, zuständig. Sie übernehmen sozusagen die Nachsorge.

„Die medizinische Versorgung der Betroffenen steht immer im Vordergrund. Für die Frauen ist daneben auch die Abklärung möglicher Infektionserkrankungen wie HIV oder Hepatitis sehr wichtig“, so Pilz. Ein weiterer zentraler Punkt im Verlauf der Behandlung sei die Abklärung einer möglichen Schwangerschaft aufgrund einer Vergewaltigung. „Diese Frage und Sorge beschäftigt die meisten der Frauen sehr stark.“ Um eine ungewollte Schwangerschaft zu vermeiden, besteht die Möglichkeit der „Pille danach“: also der Einnahme eines hormonell wirksamen Präparats, das nach einem Geschlechtsverkehr eine Schwangerschaft verhindern kann. Die „Pille danach“ sollte so früh wie möglich eingenommen werden, je nach Präparat bis zu 72 oder 120 Stunden nach dem Sexualakt.

Die Behandlung in einer der Kliniken beginnt immer mit einem Gespräch, in dem die Frauen erfahren, wie die Untersuchung verläuft. Dabei geht es primär um den Abbau von Ängsten. „Wir arbeiten für Sie, wollen Ihnen helfen und tun nichts ohne Ihr Einverständnis“, lautet der Ansatz. Die meist traumatisierten Frauen brauchen einen solchen geschützten Raum, um über ihre Erfahrung sprechen zu können, bei der Behandlung Hinweise auf Verletzungen und – falls gewünscht – zur Spurensicherung geben zu können.

Im Gespräch vor der Untersuchung geht es auch um Beratung und Hinführung zu weiterführenden Hilfesystemen. Wünscht eine Frau eine Spurensicherung, dann wird hierfür die behandelnde Ärztin von der Schweigepflicht so weit entbunden, wie es für die Durchführung der Dokumentation und Befundensicherung nötig ist. „Hierbei untersucht die Ärztin nicht nur gynäkologisch, sondern auch allgemeinmedizinisch, um alle möglichen Verletzungen dokumentieren zu können“, erklärt Pilz.

Die gesicherten und dokumentierten Befunde (z.B. DNA-Spuren, Sperma, Kleidung) werden noch in der Klinik in eine Kiste gepackt, die dann als versiegeltes Päckchen zum rechtsmedizinischen Institut in Frankfurt gebracht wird, dokumentiert durch eine Eingangsbescheinigung. Somit liegen gerichtsverwertbare Beweise vor, die den Frauen in den nächsten zwölf Monaten im Falle einer Anzeige zur Verfügung stehen. Die Aufbewahrungsfrist in der Frankfurter Rechtsmedizin beträgt zurzeit ein Jahr. Nach dieser Frist werden die Befunde automatisch vernichtet. All diese Informationen bekommen die betroffenen Frauen im Gespräch in der Klinik in aller Ruhe erläutert.

Die Untersuchung in der Klinik dauert für die Frauen in der Regel eine Stunde. „Die Frauen kommen meist innerhalb der ersten 24 Stunden zu uns, oft auch nachts“, so Pilz. Einige der Betroffenen kämen direkt in die Klinik, andere riefen vorher an und wünschten eine gynäkologische Untersuchung. „Nach wie vor kommen die meisten Frauen mit der Polizei, nachdem sie dort nach der Vergewaltigung vorgesprochen und die Tat geschildert haben.“

Die medizinische Soforthilfe wurde bisher von Frauen zwischen 14 und 65 Jahren in Anspruch genommen. Sie kommen in den akuten Notsituationen häufig mit einer Begleitperson in die Klinik. Frauen mit Migrationshintergrund, die schon länger in Frankfurt leben oder hier geboren sind, nehmen die Soforthilfe übrigens im selben Maß an wie Frauen deutscher Herkunft.

Doch es bedarf noch weiterer großer Überzeugungsarbeit und öffentlicher Kampagnen, damit das Thema tatsächlich in der Öffentlichkeit ankommt: damit möglichst viele Menschen über das noch immer tabuisierte Thema sexuelle Gewalt und die Hilfsangebote informiert sind – und als Multiplikator_innen für Betroffene wirken. Immer mit dem Ziel, Frauen, die sexuelle Gewalt erleben, zu schützen und zu unterstützen. Das wünscht sich Sonja Pilz für das Projekt und ihre Arbeit.



Dr. Sonja Pilz

NÜTZLICHE INFORMATIONEN

Weitere Hinweise und Kontakte:

Wenn Sie Opfer einer Sexualstraftat geworden sind und Anzeige erstatten möchten, rufen Sie die Kriminalpolizei an. Diese nimmt die Anzeige auf und bringt Sie in ein Krankenhaus.

Kriminalpolizei Frankfurt am Main (K13):
Tel. (069) 75551308
Nach 16 Uhr und am Wochenende:
Tel. (069) 75553110

Auf folgender Internetseite finden Sie wichtige Informationen und die Adressen der Krankenhäuser, die an dieser Kampagne teilnehmen. Mittlerweile wird das Projekt auch auf weitere Orte im Rhein-Main-Gebiet und darüber hinaus ausgedehnt.

www.soforthilfe-nach-vergewaltigung.de



Elvira Niesner



Charlotte
Ndam-Njikoufon



Litta Haile

Weibliche Genital- beschneidung (FGM/C) – Enttabuisierung und Prävention

FIM e.V. berät und unterstützt kultursensibel betroffene Frauen

FIM steht für „Frauenrecht ist Menschenrecht“. Ein Schwerpunkt der Arbeit des Frankfurter Vereins ist Hilfe und Prävention für Frauen und Mädchen, die von weiblicher Genitalbeschneidung – international als FGM/C (Female Genital Mutilation oder Cutting) bezeichnet – betroffen oder bedroht sind. Ein schwieriges Thema, das große Sensibilität erfordert, um aufzuklären und zu helfen, ohne dass sich Betroffene stigmatisiert fühlen. Für seine wichtige Arbeit wurde FIM 2014 mit dem Integrationspreis der Stadt Frankfurt ausgezeichnet.

Frauen und Mädchen werden besonders häufig Opfer schwerer Menschenrechtsverletzungen, wie Zwangsverheiratung, Zwangsprostitution, Menschenhandel, sexualisierte Gewalt und weibliche Genitalbeschneidung. Im interkulturellen Beratungs- und Informationszentrum FIM e.V. für Migrantinnen und ihre Familien finden Frauen in schwierigen Lebenslagen Unterstützung und eine Vielzahl an Beratungsangeboten. FIM berät und unterstützt auch von Genitalbeschneidung betroffene Frauen, bedrohte Mädchen oder Dritte, die von einer geplanten Genitalbeschneidung erfahren. Kostenlos, vertraulich, auf Wunsch anonym und in mehr als 15 Sprachen.

1980 begann der heutige Verein FIM e.V. seine Arbeit zunächst als ehrenamtliche Initiative, die aus der Frauen- und Friedensbewegung hervorging und sich die Unterstützung von thailändischen Migrantinnen und die gesellschaftskritische Arbeit gegen Sextourismus zur Aufgabe machte. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich die Initiative zu einem interkulturellen Beratungszentrum entwickelt, in

dem jährlich rund 1.000 Menschen Rat und Hilfe finden. Heute hat der Verein 20 Mitarbeiterinnen und viele ehrenamtliche Unterstützer_innen. Das FIM-Team spricht neben Deutsch vierzehn weitere Sprachen von Amharisch und Arabisch bis zu Thailändisch und Tigrinya. Für weitere Sprachen kooperiert FIM mit Dolmetscherinnen. So können viele Frauen ohne große Sprachhürden die Beratung wahrnehmen.

FGM/C – eine klare Menschenrechtsverletzung

In den Beratungen bildet die weibliche Genitalbeschneidung einen der Schwerpunkte. Nach Schätzung der Weltgesundheitsorganisation WHO sind etwa 200 Millionen Frauen weltweit von FGM/C betroffen. Zudem sind schätzungsweise mehr als drei Millionen Mädchen davon bedroht, beschnitten zu werden. An den körperlichen und seelischen Folgen leiden viele Frauen ein Leben lang.

Die weibliche Genitalbeschneidung findet meist vor der Pubertät statt. Der Eingriff wird in der Regel ohne Narkose und unter sehr schlechten hygienischen Umständen von traditionellen Beschneiderinnen durchgeführt. Nach Definition der Weltgesundheitskonferenz umfasst der Begriff FGM/C alle Eingriffe, „bei denen die äußeren weiblichen Genitalien teilweise oder ganz entfernt werden bzw. aus nicht-medizinischen Gründen verletzt werden“. Neben der Entfernung der Klitoris werden zum Teil die inneren Schamlippen abgetrennt und in Extremfällen auch die äußeren Schamlippen ausgeschabt und bis auf eine winzige Öffnung zugenäht (Infibulation). Das ist nicht nur extrem schmerzhaft. In vielen Fällen führt es zu hohem Blutverlust und Infektionen, in einigen Fällen zum Tod. Zu den langfristigen Folgen zählen sehr stark erschwerte Geburtsverläufe, chronische Infektionen, Schmerzen bei Menstruation oder Urinieren, Inkontinenz, Unfruchtbarkeit. Als psychische Folgen kommen Traumata und Depressionen hinzu, erläutert Elvira Niesner, die Geschäftsführerin von FIM.

In 28 Staaten wird die weibliche Genitalbeschneidung praktiziert, überwiegend im westlichen und nordöstlichen Afrika, aber auch in einigen Ländern des Mittleren Ostens und Asiens sowie in manchen lateinamerikanischen Ländern. In Ägypten, Mali, Guinea, Somalia, Sierra Leone, Dschibuti und im Sudan ist FGM/C fast flächendeckend verbreitet. Im Zuge von Migrationsbewegungen wird die weibliche Genitalbeschneidung auch in die Einwanderungsländer getragen.

Auch im Rhein-Main-Gebiet gibt es viele betroffene Frauen und potentiell gefährdete Mädchen. Litta Haile und Charlotte Ndam-Njikoufon wissen das nur zu gut. Sie betreuen die psychosoziale Beratung mit Schwerpunkt Afrika/Eritrea bei FIM. 2016 hat der Verein 58 Frauen und Mädchen zu diesem Thema beraten. Laut Schätzungen sind in Deutschland rund 48.000 Mädchen und Frauen von FGM/C betroffen. Weitere 6.000 Mädchen sind akut gefährdet, Opfer zu werden. 2016 wurden bei FIM 58 Frauen und Mädchen zu diesem Thema beraten.

Motive für FGM/C

Die Gründe für FGM/C sind vielschichtig. Sie umfassen kulturelle, religiöse und soziale Faktoren, die je nach Ethnie, Religion und Community variieren können. Weibliche Genitalbeschneidungen wurden und werden durchgeführt, um tief verankerte Werte und Traditionen zu bewahren. Sie sind Teil einer tief verwurzelten Tradition, die ursprünglich einen Ritus zur Initiation in das Erwachsenenalter darstellte und mit einem Fest verbunden war. Heute ist soziale Akzeptanz nach Angabe der Weltgesundheitsorganisation (WHO) der am häufigsten genannte Grund für FGM/C. Der soziale Druck, die Furcht, aus der Gemeinschaft ausgeschlossen zu werden und zum Beispiel als unbeschnittene Frau keinen Ehemann zu finden, sind stark. In patriarchalisch geprägten Kulturen trägt FGM/C dazu bei, Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern zu festigen, eine männliche Vormachtstellung zu sichern und die Freiheitsrechte von Frauen einzuschränken.

Das Tabu aufbrechen

Die kritische Auseinandersetzung mit der weiblichen Genitalbeschneidung ist in den einzelnen Communities oft mit einem Tabu belegt. Hinzu kommen Scham- und Ausgrenzungsgefühle von Frauen, die selbst beschnitten wurden und eine Stigmatisierung fürchten oder empfinden. Das führt vielfach zu einem Schweigen über das Thema. Aufgrund der fehlenden Auseinandersetzung können betroffene Frauen ihre Töchter oft nur schwer davor schützen, ebenfalls beschnitten zu werden. Auch in Deutschland verhindern vielfach Unkenntnis und fehlende Sensibilisierung eine adäquate Unterstützung der Betroffenen und eine wirksame Prävention.

Hier setzt die Arbeit von FIM gegen die weibliche Beschneidung an: eine kultursensible Beratung in einem wertschätzenden und geschützten Gesprächsrahmen. Insgesamt sei es aber nach wie vor oft schwierig, die Betroffenen überhaupt zu erreichen oder Multiplikator_innen in den jeweiligen Communities für das Thema zu gewinnen, erzählt die Geschäftsführerin Elvira Niesner. Daher legt das Beratungszentrum einen seiner Schwerpunkte auf



Elvira Niesner

die Aufklärungs- und Präventionsarbeit und versucht, den Weg in die Beratung durch vielfältige Angebote zu ebnet.

Zu FIM kommen die Frauen zunächst oft mit ganz anderen Themen und gesundheitlichen Problemen, wie Inkontinenz, Depressionen, Schwierigkeiten beim Frauenarztbesuch oder problematischen Schwangerschaftsverläufen. In der Beratung lassen sich dann die dahinter liegenden Themen ansprechen und Querverbindungen zu FGM/C schaffen, so Niesner. Die für Eritrea zuständige Beraterin Haile erklärt: „Nur darüber und dadurch, dass wir Vertrauen schaffen, bekommen wir einen guten Zugang und können intensive Gespräche führen. Die Frauen tragen dann das Thema wiederum in ihre Communities zurück. Gerade wenn sie selbst kleine Töchter haben, wird das Thema dadurch auch wieder aktuell und eröffnet oftmals einen Prozess, der mit einem Rückblick auf die eigene Beschneidung verbunden ist.“

Die betroffenen Frauen erhalten bei FIM eine kultursensible Beratung und psychosoziale Unterstützung. Dabei kooperiert der Verein mit speziell zu FGM/C qualifizierten Ärzt_innen und Therapeut_innen, um eine gute medizinische und psychologische Betreuung der Frauen und Mädchen zu ermöglichen. Zu dem Netzwerk des Vereins gehören auch Hebammen, Krankenhäuser und Fachgremien.

Zentrales Anliegen von FIM ist es, mittels Aufklärung und Bildungsarbeit das Thema FGM/C zu enttabuisieren und hier lebende Mädchen vor einer Beschneidung zu schützen – sowohl in Europa als auch im Herkunftsland. Denn konkret gefährdet

sind Mädchen oft bei einem Urlaub im Heimatland der Eltern.

Neben Informations- und Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit den jeweiligen Communities setzt sich FIM mit Öffentlichkeitsarbeit, Vorträgen, Fortbildungen und Fachgesprächen (z.B. in Familien- und Jugendhilfeeinrichtungen oder an Schulen) gegen FGM/C ein. Nur wenn tradierte Familien- und Gesellschaftsstrukturen von allen Beteiligten kritisch hinterfragt werden, kann die überkommene Praxis der Genitalbeschneidung überwunden werden. Daher bindet FIM auch bewusst Männer mit ein – Ehemänner, Väter, Brüder, Verwandte –, um so die tradierten Geschlechterrollen und Traditionen gemeinsam zu hinterfragen und einen Prozess der Veränderung zu initiieren, erklärt Haile. Von großer Bedeutung sei dabei kulturelle Sensibilität: FGM/C könne nicht isoliert betrachtet werden und stelle auch keine einheitliche Problemstellung dar. Es gebe in diesem Zusammenhang nicht eine „afrikanische Linie“, sondern ganz unterschiedliche kulturelle Kontexte.

Aufklärung ohne Stigmatisierung

FGM/C ist ein schwieriges und sensibles Thema. Gefährdete Mädchen können nur geschützt werden, wenn man ihre Familien überzeugt, dass es sich bei der weiblichen Genitalbeschneidung um eine schwere Menschenrechtsverletzung mit oft sehr ernstesten gesundheitlichen und psychischen Folgen handelt. „Da die Mütter und Großmütter der potenziell gefährdeten Mädchen aber selbst beschnitten sind, besteht die Gefahr, dass sie sich durch eine – wie es häufig geschieht – extrem dramatisierende Darstellung von FGM/C stigmatisiert, ja verstümmelt und gebrandmarkt fühlen. Die Folge ist, dass sie sich der Aufklärung zu FGM/C von vornherein verschließen und menschenrechtliche Anliegen als Angriff auf ihre Kultur und Werte deuten“, erläutert Niesner. „In der Regel sind es auch die Mütter, die die Tradition weitertragen – dies stellt einen grundlegenden Konflikt mit der europäischen Kultur dar.“

Die Ablehnung der weiblichen Beschneidung ist unabdingbar, weil sie eine Menschenrechtsverletzung darstellt. Doch zugleich sucht das Beratungszentrum in seiner Aufklärungs- und Präventionsarbeit einen Zugang gerade zu denjenigen Müttern und Frauen in den Communities, die sich einer Kritik an FGM/C zunächst verschließen, um über einen wertschätzenden Umgang mit ihnen dieses Thema dennoch diskutieren zu können, erklärt Ndam-Njikoufon.

Ein weiterer spezieller Ansatz bei der Präventions- und Aufklärungsarbeit ist die Einbindung von Multiplikator_innen aus verschiedenen afrikanischen Herkunftsländern. Sie unterstützen den Verein bei der Entwicklung und Umsetzung von Projekten zu Integrations- und Menschenrechtsthemen direkt in ihren Communities. „Daneben gibt es auch eine afrikanische Frauengruppe bei FIM, die Frauen aus verschiedenen afrikanischen Herkunftsländern zusammenbringt und deren Vernetzung, Austausch und Empowerment fördert. In monatlichen Treffen wird u. a. über Gesundheit, Sexualität, Familie oder Geschlechtergerechtigkeit diskutiert“, erläutert Haile den Ansatz.

Fallbeispiel

Haile und Ndam-Njikoufon berichten von einem Beispiel aus ihrer Beratungspraxis: Ein junges Paar, das sein Kind aufgrund der eigenen Erfahrung der Frau vor einer Beschneidung schützen will. Das Paar flüchtete vor einem Jahr aus Somalia über Libyen und die Türkei nach Deutschland. Unterwegs kam eine Tochter zur Welt, die jetzt zwei Jahre alt ist. Die Frau bekam während der Schwangerschaft sehr starke Beschwerden, die weiterhin anhalten. Deshalb kam ihr Mann zu FIM in die Beratung. Im Gespräch mit beiden stellte sich heraus, dass die Frau mit sechs Jahren beschnitten wurde und dass die Schmerzen und Beschwerden daher rühren. Beim Frauenarztbesuch wurde dies bestätigt. Für beide ist klar, dass sie dies ihrer Tochter nicht antun wollen. Eine Rückkehr oder auch nur ein Urlaubsbesuch bei der Familie in Somalia ist dadurch aber ausgeschlossen. Seine Großmutter sei Beschneiderin, ebenso die Nachbarin seiner Frau, erzählte der Ehemann. Inzwischen wurde bei der Mutter und der Tochter aufgrund der Beschneidungsgefahr das Asylgesuch anerkannt – ein großer Erfolg. Beim Ehemann läuft das Verfahren noch.



Charlotte
Ndam-Njikoufon



Litta Haile

Juristische Unterstützung und interkultureller Brückenbau

Die Abschaffung von FGM/C ist verknüpft mit dem Recht eines jeden Menschen auf körperliche Unversehrtheit und dem Recht auf körperliche und sexuelle Selbstbestimmung. Die Rechtslage ist eindeutig: In allen Staaten der Europäischen Union ist die weibliche Genitalbeschneidung als Verletzung der körperlichen Unversehrtheit eine Straftat. 2013 hat der Deutsche Bundestag die Einführung eines eigenen Straftatbestands für FGM/C beschlossen (StGB 226a) und die Höchststrafe auf 15 Jahre Haft heraufgesetzt.

Doch neben solchen äußeren braucht es auch innere Transformationsprozesse in den entsprechenden ethnischen Communities, um FGM/C zukünftig zu bannen. Hier ist die interkulturelle, kultursensible Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsarbeit von FIM, die informiert und berät, ohne die Betroffenen zu stigmatisieren, von unschätzbbarer Bedeutung.

NÜTZLICHE INFORMATIONEN

Kontakt:

FIM – Frauenrecht ist Menschenrecht e.V.
 Varrentrappstraße 55
 60486 Frankfurt am Main
 Tel. (069) 97097970
 Fax (069) 970979718
 info@fim-beratungszentrum.de

www.fim-frauenrecht.de
www.stoppt-zwangsprostitution.de





Integration durch Präventionsangebote und Teilhabe

Maisha e.V. – internationale Gesundheitsförderung für Migrant_innen

Der Verein Maisha e.V., 1996 als Selbsthilfeorganisation afrikanischer Frauen in Deutschland gegründet, widmet sich der Gesundheitsförderung von Migrant_innen. Die Gründerin Virginia Wangare-Greiner erhielt 2002 für ihre Arbeit und ihr Engagement den Integrationspreis der Stadt Frankfurt. Prävention und spezielle Angebote zur gesundheitlichen Selbsthilfe gehören ebenso zum Spektrum des Vereins wie Hilfen zur Integration, Ausbildung und Arbeit. Daneben gibt es Beratung zu Themen wie Gewalt oder Genitalbeschneidung (FGM/C).

Der Verein entstand, mit Unterstützung des Amts für multikulturelle Angelegenheiten, aufgrund des zunehmenden Beratungsbedarfs von afrikanischen Frauen in Frankfurt. Arbeit und Bildung, Integration, Gesundheit, Partnerschaft und Familienplanung standen anfangs im Zentrum. In den vergangenen zwei Jahrzehnten kamen immer wieder Schwerpunkte hinzu, neue Projekte wurden ins Leben gerufen. Maisha hat dabei unter anderem stets auf Community-spezifische Entwicklungen reagiert, hat sich an den Fragen und Bedürfnissen der afrikanischen Frauen und deren Familien orientiert. Das ist einer der ganz besonderen Ansätze dieses Vereins: für die unterschiedlichen afrikanischen Communities mit ihren spezifischen Kontexten offen zu sein.

Maisha agiert zudem als Clearingstelle für die Humanitären Sprechstunden des Frankfurter Gesundheitsamts und arbeitet dabei eng mit dessen Ärzt_innenteam zusammen. Durch die vielfältigen Sprachkenntnisse und eigenen Erfahrungen schaffen die Mitarbeiterinnen von Maisha eine besondere Vertrauensbasis bei der Zusammenarbeit mit ihren Klient_innen: „Wir fungieren als Brücke. Klient_innen und Patient_innen finden dadurch eher den

Weg zur Beratung und sind viel offener und vertrauensvoller“, erklärt Wangare-Greiner.

Der Verein möchte durch seine Arbeit und sein Engagement die soziale und psychische Situation von afrikanischen Frauen in Deutschland verbessern und sie beim Ankommen und Sich-Verorten begleiten. Im Vordergrund steht dabei die Förderung der eigenen Handlungskompetenz der Klient_innen. Anfänglich richtete sich das Angebot primär an afrikanische, afro-deutsche und afrikanisch verheiratete Frauen. Heute gehören auch Jugendliche, Kinder und Männer zur Zielgruppe des Vereins.

Aktive Gesundheitsförderung

„Wir bieten Hilfe und Beratung in ganz unterschiedlichen Lebenslagen und für ganz unterschiedliche Lebensalter an“, erläutert Wangare-Greiner und nennt als Beispiele: psychosoziale Beratung, Schwangerschaftsbegleitung, Beratung und Informationen zu Genitalbeschneidung/-verstümmelung, Drogen- und Gewaltprävention bei Jugendlichen, Sexualaufklärung, Familienplanung, Begleitung zu Gesundheitsbehörden und Kliniken, Ernährungsberatung,



familienbezogene Beratung, Wohnungssuche, Umgang mit Behörden sowie Sportangebote. Im Zentrum stehen dabei Gesundheitsförderung, Prävention und Selbsthilfe durch eine Sensibilisierung für gesundheitliche Themen und Zusammenhänge.

Integration und Teilhabe

Daneben befasst sich der Verein auch mit sozialpolitischen Themen wie Integration, den Rechten von Migrant_innen, Diskriminierung und Rassismus – ein breites Spektrum an gesellschaftlichem Engagement. Auch dabei geht es immer um Hilfe zur Selbsthilfe, um eine Erhöhung der Mitsprache- und Teilhabemöglichkeiten, eine Entwicklung der eigenen Ressourcen und Handlungskompetenzen. Von Erfahrungen mit Rassismus oder Diskriminierung aufgrund von Geschlecht und/oder Herkunft sind viele Lebensläufe der Ratsuchenden geprägt. Mittels Kampagnen, Konferenzen oder der alltäglichen Arbeit in der Beratung arbeitet der Verein daran, solche – nichtselten auch tabuisierte Themen – sichtbar und veränderbar zu machen.

FGM/FGC-Beratung

Das Thema Genitalbeschneidung/-verstümmelung (FGM = female genital mutilation, FGC = female genital cutting) bildet einen weiteren Schwerpunkt innerhalb der Gesundheits- und psychosozialen Beratung. „Unter anderem kommen sehr viele Frauen aus Somalia oder Eritrea mit diesem Thema zu uns und suchen Rat und Hilfe“, sagt Wangare-Greiner. Gerade innerhalb laufender Asylverfahren sei es sehr schwierig, mit diesem Thema umzugehen. Als Beispiel nennt sie eine Frau aus Somalia, die sich hilfesuchend an Maisha wendete, weil sie während eines Asylverfahrens für ihre kleine Tochter nachweisen sollte, dass diese noch nicht beschnitten worden sei. Maisha begleitete die junge Frau und deren Tochter in die Humanitären Sprechstunden, die seit Jahren für solche und ähnliche Anfragen mit einem Gynäkologen kooperiert. Bei solchen Themen ist eine kultursensible Herangehensweise wichtig, die auch Konsequenzen für Asyl und Bleiberecht hat – etwa, wenn Frauen und Mädchen bei einer Rückkehr in ihr Herkunftsland oder auch nur einem Urlaub dort von Beschneidung oder anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht sind.

Ein zentraler Schwerpunkt von Maisha ist und bleibt daher die Aufklärungs- und Öffentlichkeitsarbeit, um möglichst viele Multiplikator_innen zu erreichen. Zentral ist dabei auch die Zusammenarbeit mit Behörden, Vereinen und Beratungsstellen, Ärzt_innen, Lehrer_innen und Therapeut_innen. Der Verein Maisha e.V. bringt mit seinen vielfältigen Angeboten diese wichtige Netzwerkarbeit voran.

THE CUTTING

No soothing words
 No beautiful clothes
 No music, and lovely food
 No sleeping and no nursing
 Could excuse my pain
 And the loss of blood.
 I walked happily in the room
 To be greeted by strange faces
 And the sight of lots of blood
 Suddenly I felt fear and dread
 As many hands held my feet, hands and head
 I can still hear my first screams
 They forever enter my dreams

Zero Tolerance Poems, Africans say No to FGM through poems (quoted from 30 FGM Country Profiles by Rev'd Dr. G. A. Parris and Virginia Wangare-Greiner), Eigenverlag/Self Publishing Maisha e.V.



Virginia
Wangare-Greiner

Kontakt:

Maisha e.V.
African Women in Germany
Neue Kräme 32
60311 Frankfurt am Main
Tel. (069) 90434905
Fax (069) 90435643
maisha-african-women@gmx.de
www.maisha.org

**Erste empirische Studie zu weiblicher
Genitalverstümmelung in Deutschland:**

Anlässlich des Internationalen Tages gegen weibliche Genitalverstümmelung am 6.2. hat das Bundesfrauenministerium 2017 erstmals eine empirische Studie mit Zahlen für Deutschland vorgestellt. Demnach leben hierzulande knapp 50.000 Frauen, die Opfer einer Genitalverstümmelung geworden sind. Nach Schätzungen sind zwischen 1.500 und 5.700 Mädchen, die in Deutschland leben, davon bedroht.

Der Studie zufolge ist die Zuwanderung von Frauen und Mädchen aus Ländern, in denen die weibliche Genitalverstümmelung besonders verbreitet ist, in Deutschland von Ende 2014 bis Mitte 2016 um 40 Prozent gestiegen. Die Zahl der Betroffenen stieg demnach um knapp 30 Prozent. Die vom Bundesfrauenministerium geförderte Studie wurde von Integra, der Dachorganisation von Nichtregierungsorganisationen (NRO) gegen weibliche Genitalverstümmelung, in Zusammenarbeit mit der Ramboll Management Consulting GmbH durchgeführt. Das Netzwerk Integra besteht derzeit aus 28 deutschen Organisationen, die sich im Rahmen ihrer jeweiligen Zweckbestimmung deutschland- und/oder weltweit für die Abschaffung der weiblichen Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM) engagieren.

Die Studie steht als Download zur Verfügung:
**www.netzwerk-integra.de/startseite/
studie-fgm**

Weitere Informationen im Internet:

Terre des Femmes
**www.frauenrechte.de > Themen & Aktionen >
Genitalverstümmelung**

Weitere Adressen:

NALA e.V.
Fritz-Boehle-Straße 8
60598 Frankfurt am Main
info@nala-fgm.de
www.nala-fgm.de

FORWARD Germany e.V.
STOPPT die weibliche genitale Verstümmelung!
Martin-Luther-Straße 35
60389 Frankfurt am Main
Tel. (0177) 7494062
vorstand@forward-germany.de
www.forward-germany.de

WE NEED OUR BROTHERS

In this struggle we are all victims
We are all perpetrators
Men, women, boys and girls
Dancing to the music of tradition
Believing that death is the ultimate sacrifice
On the altar of tradition
We should all have the same life chances
Men, women, boys and girls,
So let us stand together and not apart
We can build a stronger community
Based on traditions that are not harmful to
anyone
A community without cutting
Where all genders are respected
And life is celebrated and enjoyed by all.

Zero Tolerance Poems, Africans say No to FGM through poems (quoted from 30 FGM Country Profiles by Rev. d Dr. G. A. Parris and Virginia Wangare-Greiner), Eigenverlag/Self Publishing Maisha e.V.



**Ich bin gegen weibliche
Genitalbeschneidung.
Ich möchte, dass Frauen und
Männer darüber sprechen.
Es geht uns alle an.**

Dr. sc. Pierre Klamon N'gakoutou
Vorsitzender des Afrikanischen
Kulturvereins (AKF)



Dr. Michael Kimbi

Ich kämpfe gegen Klitorisbeschneidung und gehe mit gutem Beispiel voran. Ich schütze meine Töchter vor diesem Eingriff, der so viel körperliches und seelisches Leid bringt.



Dr. Petra
Tiarks-Jungk

Gesundheitsversorgung ohne „Eintrittskarte“

Humanitäre Sprechstunden im Frankfurter Gesundheitsamt

Armut und unsichere Lebenslagen spiegeln sich häufig in der Gesundheit der betroffenen Menschen wider. Die Humanitären Sprechstunden im Frankfurter Gesundheitsamt bieten seit über 15 Jahren medizinische Versorgung für Menschen ohne Krankenversicherung – kostenlos und auf Wunsch anonym, an zwei Tagen in der Woche. Für Kinder gibt es eine Extrasprechstunde. Dr. Petra Tiarks-Jungk leitet die Humanitären Sprechstunden und ist Ansprechpartnerin vor Ort.

Die Idee geht zurück auf den Verein Maisha e.V., deren Vorsitzende Virginia Wangare-Greiner bei der Stadt Frankfurt (Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Frauenreferat und Gesundheitsamt) eine Sprechstunde für afrikanische Frauen anregte. Daraufhin wurde 2001 die Afrika-Sprechstunde im Gesundheitsamt ins Leben gerufen.

Um dem steigenden Bedarf von Menschen aus allen Ländern der Welt gerecht zu werden, wurde die Sprechstunde 2009 erweitert und in „Humanitäre Sprechstunden“ umbenannt. Dieses niedrigschwellige Angebot ermöglicht Menschen ohne Krankenversicherung in Frankfurt am Main eine kostenlose, auf Wunsch auch anonyme ärztliche Versorgung. Teilweise findet diese in Zusammenarbeit mit verschiedenen Frankfurter Kliniken – etwa im Rahmen eines Entbindungsprogramms – und niedergelassenen Ärzt_innen statt.

In den Humanitären Sprechstunden werden nur Menschen behandelt, die keine Krankenversicherung haben und ohne diese Sprechstunden keinen Zugang zum Gesundheitssystem hätten. Nicht selten geht es um medizinische Notfälle. Diese werden in den Sprechstunden sofort behandelt, alle anderen Patient_innen müssen einen Termin während der Öffnungszeiten vereinbaren. „Viele von ihnen haben aber auch mehr Probleme als rein medizinische“,

berichtet Tiarks-Jungk und nennt unter anderem prekäre Beschäftigungsverhältnisse, Armut, unklaren Aufenthaltsstatus oder Asylverfahren.

Gesundheitsversorgung für Menschen ohne Krankenversicherung

Armut und eine zunehmende soziale Ungleichheit in Deutschland wirken sich auch auf die Gesundheit der Menschen und deren Gesundheitsvorsorge aus. Trotz der seit 2009 bestehenden Krankenversicherungspflicht in Deutschland hatten 2015 laut Statistischem Bundesamt circa 79.000 Menschen in Deutschland keine Krankenversicherung. Schätzungen zufolge lebten allein in Frankfurt zwischen 25.000 und 40.000 Menschen ohne Krankenversicherung, so Tiarks-Jungk. „Das Problem ist jedoch viel größer, als alle diese Zahlen vermuten lassen“, erklärt die Ärztin, „denn Obdachlose und Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus müssen als Nicht-versicherte hinzugerechnet werden. Insbesondere in Großstädten wie Frankfurt am Main leben viele Menschen ohne Krankenversicherung. Die Gründe hierfür sind vielfältig, angefangen bei fehlenden Sprachkenntnissen, unklarem Arbeits- oder Aufenthaltsstatus bis hin zu besonderen kulturellen und sozialen Voraussetzungen.“

Tiarks-Jungk und ihr Ärzt_innenteam beraten grundsätzlich zu allen gesundheitlichen Fragen. Bei akuten Beschwerden werden die Patient_innen direkt untersucht und behandelt. Auch Impfungen, Unterstützung bei sozialen und familiären Problemen, Ernährungsberatung, Beratung und Behandlung bei HIV/AIDS, Hilfe bei weiblicher Genitalbeschneidung/Genitalverstümmelung sowie eine Vermittlung an Selbsthilfegruppen und weiterführende Hilfeinrichtungen gehören zum Angebot der Humanitären Sprechstunden. 2016 wurde das Ärzt_innenteam 1.798 mal konsultiert. 632 Patient_innen wurden behandelt und versorgt.

Die Humanitären Sprechstunden sollen dazu dienen, die gesundheitliche Ungleichheit in Frankfurt ein wenig zu verringern und möglichst vielen Menschen den Weg in die Gesundheitsversorgung zu ebnen. Die Beratung ist kostenlos, Medikamente zahlt das Sozialamt. Bei Operationen oder Untersuchungen handele das Team des Gesundheitsamts mit den einzelnen Kliniken möglichst niedrige Tarife aus und suche nach Kooperationspartner_innen für die Kostenübernahme, erläutert Tiarks-Jungk.

Wer kommt in die Sprechstunden?

Die Patient_innen kommen aus den verschiedensten Herkunftsländern, auch viele Deutsche sind darunter. Etwa Selbstständige mit unsicheren Arbeitssituationen im Bereich Service und Gastronomie sowie privat versicherte Unternehmer_innen, die nicht mehr voll in die Krankenversicherung einzahlen können oder zu wenig eingezahlt haben und deshalb aus dem System gefallen seien, so Tiarks-Jungk. Die meisten Patient_innen leben in prekären Verhältnissen, ihre finanzielle Situation ist schwierig und oft jenseits der Armutsgrenze.

Anfangs seien vor allem afrikanische Frauen in die Sprechstunden gekommen, daneben viele Tourist_innen mit Visa-Aufenthalt, aber ohne Krankenversicherung, erklärt Tiarks-Jungk. Durch die EU-Osterweiterung kämen seit 2009 vermehrt auch Südosteuropäer_innen, aktuell auch mehr (abgelehnte) Asylbewerber_innen sowie Frauen und Mädchen, die über Schleuser nach Frankfurt ins Prostitutions-Milieu gebracht worden seien. Viele Menschen stammen derzeit aus Nigeria – „von dort geht viel Menschenhandel aus“, meint Maisha-Vorsitzende Wangare-Greiner. Der Roma-Förderverein vermittelt zudem in Frankfurt lebende Roma in die Humanitären Sprechstunden. Für sie wurde sogar ein eigener Sprechstundentermin eingerichtet.



Dr. Petra Tiarks-Jungk
und Virginia
Wangare-Greiner

Seit 2012 gibt es aufgrund des hohen Bedarfs auch eine eigene Kindersprechstunde. Das Team der Humanitären Sprechstunden setzt hier ganz bewusst einen Fokus, betont Tiarks-Jungk. Früherkennung, Prävention, Aufklärung und Vorsorge können aus ihrer Sicht den Teufelskreis aus Armut und Krankheit durchbrechen. In der Kindersprechstunde stehen Impfungen, Vorsorge und die klassischen U1- bis U9-Untersuchungen im Zentrum. Tiarks-Jungk und ihr Team arbeiten hier eng mit dem Jugendamt zusammen.

Nach wie vor kommen viele Afrikaner_innen in die Sprechstunden. Wangare-Greiner fungiert dabei nicht nur als Brückenbauerin oder Übersetzerin, sondern hilft auch beim Verstehen von Verhaltensmustern oder Traditionen. „In Afrika gilt Krankheit als Strafe. Man fragt nicht: Was kann man tun? Sondern: Was habe ich getan?“, erklärt sie. Auch dass manche Medikamente lebenslang eingenommen werden müssten, sei für viele unbegreiflich. So gebe es neben der medizinischen Versorgung viel Aufklärungsarbeit.

Schwerpunkte in der Beratung

In den Sprechstunden geht es meist um klassische chronische Erkrankungen wie z. B. Bluthochdruck oder Diabetes. Daneben kommen viele Patient_innen mit Erkrankungen der oberen Atemwege oder orthopädischen Problemen, oft aufgrund eines hohen arbeitsbedingten Verschleißes. „Vor allem Männer, die ein Leben lang sehr, sehr hart körperlich gearbeitet haben“, erklärt Tiarks-Jungk. Häufig besuchten Frauen mit schwierigen Schwangerschaftsverläufen die Humanitären Sprechstunden. Viele Schwangere kämen erst in letzter Minute, kurz vor der Entbindung, um einen Ort für die Geburt zu finden.

Hilfe für Menschen ohne Krankenversicherung

Die Humanitären Sprechstunden im Gesundheitsamt für Menschen ohne Krankenversicherung haben als sogenanntes „Frankfurter Modell“ Schule gemacht. Das Projekt hat sich bundesweit zum Best-Practice-Beispiel für viele andere Städte entwickelt. Und dennoch: Nach wie vor gibt es sehr viele Menschen, die sich nicht in die Sprechstunden trauen, berichten Tiarks-Jungk und Wangare-Greiner.

Damit sich das ändert, braucht es noch viel Öffentlichkeitsarbeit und Brückenbauen in die verschiedenen Communities. Armut, prekäre Arbeitsverhältnisse oder ein unklarer Aufenthaltsstatus dürfen nicht das Menschenrecht auf gesundheitliche Grundversorgung untergraben.

Kontakt:

Stadt Frankfurt am Main Gesundheitsamt

Humanitäre Sprechstunden
Zeil 5
60313 Frankfurt am Main
Tel. (069) 212-45241

Für Erwachsene:

Montag und Donnerstag von 8 bis 12 Uhr

Für Kinder:

Mittwoch von 8 bis 11 Uhr

Downloads:

Flyer auf Deutsch, Englisch, Französisch,
Spanisch, Türkisch, Rumänisch und Bulgarisch:

**[www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/
humanitaere_sprechstunden](http://www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/humanitaere_sprechstunden)**

Weitere Anlaufstellen:

Malteser Medizin für Menschen ohne Krankenversicherung

Sprechstunde:

Montag von 15 bis 19 Uhr im Medicentrum

Markus Krankenhaus

Wilhelm-Epstein-Straße 2

60431 Frankfurt am Main

Medicentrum/Ärztehaus

Eingang links neben der Apotheke

**www.malteser-frankfurt.de > Navigation >
Dienste und Leistungen > Weitere Dienst-
leistungen > Malteser Migranten Medizin**

Für wohnungslose Menschen:

Elisabethen-Straßenambulanz Caritasverband Frankfurt e.V.

Klingerstraße 8
60313 Frankfurt am Main
Tel. (069) 297208740
elisabeth-strassenambulanz@caritas-frankfurt.de

Öffnungszeiten:

- Allgemeinärztliche Sprechstunde:
Montag bis Freitag von 9 bis 13 Uhr
- Nur für Frauen:
Montag von 14:30 bis 16 Uhr
- Psychiatrische Sprechstunde:
Montag und Mittwoch nach Vereinbarung
- Zahnärztliche Sprechstunde:
Dienstag und Donnerstag nach Vereinbarung

Ökumenische Bahnhofsmission

Im Hauptbahnhof Frankfurt, am Gleis 1a, liegen die Räume der Ökumenischen Bahnhofsmission, die Caritasverband und Diakonie Frankfurt gemeinsam betreiben.

Tel. (069) 234468/-69
frankfurtmain@bahnhofsmission.de

**www.diakonischeswerk-frankfurt.de >
Ich suche Hilfe > Leben in FFM & Unterwegs >
Bahnhofsmission**

17 Ost – Tagestreff für Frauen Diakonisches Werk Frankfurt

Alfred-Brehm-Platz 15–17
60316 Frankfurt
Tel. (069) 94350250
17ost.zefra@diakonischeswerk-frankfurt.de
www.zefra.de

Diakoniezentrum WESER5

Wohnheim, Notübernachtung (für Männer)

Weserstraße 5
60329 Frankfurt am Main
Tel. (069) 2713580
empfang.weser5@diakonischeswerk-frankfurt.de
www.weser5.de

WESER5

Soziale Beratungsstelle (für Männer)

Weserstraße 5
60329 Frankfurt am Main
Tel. (069) 271358121
beratungsstelle.weser5@diakonischeswerk-frankfurt.de
www.weser5.de

Frankfurter Verein für soziale Heimstätten e.V.

Große Seestraße 43
60486 Frankfurt am Main
Tel. (069) 79405300
Fax (069) 79405301
www.frankfurter-verein.de

Angebote für Frauen in sozialen Notlagen

www.frauenhaus-frankfurt.de

Neues aus dem Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA)

Thema Gesundheit

Interkulturelle Gesundheitsreihe für Migrant_innen-Organisationen und Zuwanderergemeinden

Das Amt für multikulturelle Angelegenheiten bietet in Kooperation mit der Selbsthilfe-Kontaktstelle Frankfurt und mit finanzieller Unterstützung der BAHN-BKK Vorträge zur Gesundheitsförderung an. Die Veranstaltungen werden jeweils von einem Arzt oder einer Ärztin sowie einer Selbsthilfegruppe zu einem bestimmten gesundheitlichen Thema durchgeführt. Mögliche Themen können sein: Frauengesundheit, Männergesundheit, Herzkrankungen, Diabetes, Seh- oder Höreinschränkungen, Demenz, Sucht/Alkohol, Bluthochdruck und Depression.

Sie finden gezielt in den Stadtteilen an beliebten Treffpunkten wie Kitas, Schulen, Kulturvereinen oder Migrant_innen-Organisationen statt und sind für alle Interessierten offen.

Die Reihe mit vier Veranstaltungen hat 2017/2018 in den Räumen der Kita Curumim der brasilianischen Fraueninitiative Imbradiva e.V. begonnen. Sie wird 2018/2019 an einem anderen Ort fortgesetzt.

Sollten Sie Interesse an Gesundheitsvorträgen in Ihren Räumen haben, können Sie das AmkA für ein passgenaues Angebot kontaktieren.

Kontakt:

Amt für multikulturelle Angelegenheiten
Sachgebiet Diversität, Chancengleichheit
und Prävention
marguerite.reguigne@stadt-frankfurt.de
Tel. (069) 212-38767



Demenz und Migration

Das Begegnungszentrum Heddernheim des Frankfurter Verbands e.V. hat im Rahmen seiner Initiative „Demenzfreundliches Quartier“ das Thema „Demenz und Migration“ zum Schwerpunkt gemacht. Ziel ist es, die Unterstützungsangebote, die es dort schon seit Jahren für Demenzbetroffene und ihre Angehörigen gibt, auch für Familien mit Migrationsgeschichte zu öffnen.

Das Heddernheimer Projekt ist Teil der vom Bundesministerium für Familie, Jugend und Senioren geförderten Lokalen Allianzen für Demenz und kooperiert unter anderem mit dem AmkA.

2017 wurden in den Räumen des AmkA Demenz-Partner-Kurse als Ersthelferschulung angeboten. Teilnehmende waren Vertreter_innen von Migrant_innen-Selbstorganisationen, Pflegebegleiter_innen und Mitarbeiter_innen des AmkA. Die Fortbildungen sind Teil der Demenz-Partner-Kampagne der Deutschen Alzheimer Gesellschaft. Sie haben zum Ziel, so vielen Menschen wie möglich ein Grundwissen über Demenz zu vermitteln.

Kontakt:

Frankfurter Verband e.V.

Leitung des Begegnungs- und Servicezentrum Heddernheim
Sybille Vogl
Tel. (069) 577131
sybille.vogl@frankfurter-verband.eu

Wenn Sie an einem kostenlosen Kurs in Ihrem Stadtteil teilnehmen möchten, können Sie sich auf www.demenz-partner.de informieren.

Weitere Kontakte:

Alzheimer Gesellschaft Frankfurt
Ruth Müller
Tel. (069) 67736633
Bürgerinstitut
Martina Albrecht
Tel. (069) 972017-37

Weitere Informationen:

www.senioren-zeitschrift-frankfurt.de/wp-content/uploads/2017/03/2_2017_44.pdf

Ärztliche Informationsstunden für Mädchen und Frauen mit Migrations- und Fluchtgeschichte

Das AmkA und die Ärztliche Gesellschaft zur Gesundheitsförderung e.V. (ÄGGF) kooperieren seit 2014. Ziel ist die Stärkung der Gesundheitsförderung von Mädchen/Frauen/Müttern mit Migrations- und Fluchtgeschichte.

Die Veranstaltungen der ÄGGF sind gemäß des Credo „Den eigenen Körper schätzen und schützen lernen“ ausgerichtet. In den Informationsveranstaltungen:

- lernen Frauen, den eigenen Körper besser kennen und verstehen
- haben Frauen Gelegenheit, ihre Fragen zu gesundheitlichen Themen vertraulich und mit genügend Zeit in geschützter Atmosphäre zu stellen
- entwickeln Frauen Handlungskompetenz im Umgang zu Gesundheitsfragen in der Familie
- bekommen Frauen Informationen zu Gesundheitsangeboten und -leistungen der Krankenkassen
- erhalten Mütter Anregungen, wie sie mit ihren Kindern über Pubertät, Sexualität und Partnerschaft sprechen können

Von 2014 bis 2017 haben 1.064 Mädchen und Frauen mit Migrationsgeschichte an den ärztlichen Informationsstunden teilgenommen, die meisten waren Mütter von mehreren Kindern. Die ärztlichen Informationsstunden, die 2017 erstmals als Pilotprojekt für geflüchtete Mädchen und Frauen durchgeführt wurden, haben 100 Teilnehmerinnen besucht, auch hier die meisten Mütter. Die Kurse fanden zum Teil in Flüchtlingsunterkünften statt.

Das Interesse bei den Mädchen und Frauen ist sehr groß. Da Frauen das Wissen zu Frauen- und Familiengesundheit in ihren Familien und in ihrem Umfeld weitergeben, wird dieses Angebot aufgrund der großen Nachfrage 2018 fortgeführt. Das AmkA unterstützt die Kurse finanziell.

Kontakt:

Ärztliche Gesellschaft zur Gesundheitsförderung e.V. (ÄGGF)
Frau Dr. med. Julia Fries
fries@aeggf.de

Folgende Publikationen können Sie bestellen:

**Gesundheit vor Ort
Familie & Ehrenamt**

Dezember 2016

Herausgeber: Magistrat der Stadt Frankfurt am Main,
Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmKA)

In dieser Broschüre werden vorgestellt:

- Die Babylotsinnen des Deutschen Kinderschutzbundes
- Die ärztlichen Informationsstunden der ÄGGF e.V. in Kooperation mit dem AmKA
- Das Aktionskomitee „Kind im Krankenhaus“ AKIK Frankfurt / Rhein-Main e.V.
- Das Projekt Inklusionswegweiser des Internationalen Bundes Frankfurt
- Salam e.V., die muslimische Seelsorge

Bestellungen unter

publikation.amka@stadt-frankfurt.de



**Gesundheitsförderung
und kultursensible Selbsthilfe**

Dokumentation des Themenforums
am 24. März 2015

Herausgeber:

Magistrat der Stadt Frankfurt am Main,
Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmKA)

Bestellungen unter

publikation.amka@stadt-frankfurt.de



Therapieangebote für LSBTIQ-Personen

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans*, Inter* und queere Menschen haben durch die soziale Ausgrenzung und Diskriminierung, aber auch das Erleben von Gewalt einen höheren Bedarf an psychosozialer Beratung, Betreuung, Selbsthilfe und Therapie. Um LSBTIQ-Personen die Suche nach Therapieangeboten zu erleichtern, hat die Koordinierungsstelle LSBTIQ im AmkA in einem Online-Fragebogen therapeutische Angebote, die sich an diese Personengruppe wenden, digital aufbereitet.

Die erfassten Therapiemöglichkeiten reichen von der Verhaltenstherapie, über die (Körper-, Gestalt-, Verhaltens-)Psychotherapie bis zur Drama- und Theatertherapie. Ebenso vielfältig sind die Schwerpunkte der Therapeut_innen. Sie beschäftigen sich unter anderem mit Identitätsfindung, Coming-out, Selbstwert- und Selbstakzeptanz sowie Mobbing. Ermittelt wurden außerdem Aspekte wie Zielgruppen, Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit.

Die Informationen werden an alle teilnehmenden Therapeut_innen zur Weitergabe an Hilfesuchende zur Verfügung gestellt. Therapeut_innen, die noch nicht in der Liste erfasst wurden, können sich weiterhin über einen Online-Fragebogen anmelden.

Die therapeutischen Angebote finden Sie hier:
www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de/de/schwerpunktthemen/angebote-im-bereich-mentale-gesundheit-und-lsbtiq

Kontakt:

Koordinierungsstelle für lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, inter* und queere (LSBTIQ) Themen im AmkA
LSBTIQ@stadt-frankfurt.de

V-Day – One Billion rising am 14. Februar

Der **V-Day – One Billion rising** ist ein weltweiter Aktionstag, der 2012 ins Leben gerufen wurde, um das Ausmaß von Gewalt gegen Frauen und Mädchen aufzuzeigen und dagegen zu protestieren. „Eine Milliarde“ (One Billion) bezieht sich auf eine UN-Statistik, nach der eine von drei Frauen in ihrem Leben entweder vergewaltigt oder Opfer einer schweren Körperverletzung wird.

Jährlicher V-Day in Frankfurt am Main am 14. Februar

14 Uhr: Königsteiner Straße (Fußgängerzone), Frankfurt-Höchst

Veranstaltet vom Arbeitskreis Runder Tisch gegen Häusliche Gewalt Höchst
migration.hoechst@caritas-frankfurt.de

17 Uhr: vor der Katharinenkirche (Hauptwache)
Veranstaltet vom Frauenreferat Frankfurt
info.frauenreferat@stadt-frankfurt.de
mit dem Frankfurter Aktionsbündnis

Frankfurter Aktionsbündnis:

Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA)
Beratungsstelle Frauennotruf

Broken Rainbow e.V.

Deutscher Olympischer Sportbund

Feministische Mädchenarbeit

FEM Mädchenhaus e.V.

FIM Frauenrecht ist Menschenrecht e.V.

Frauenhäuser Frankfurter Verein

Frauen helfen Frauen e.V., Frauen in Bewegung e.V.

Frauenreferat der Stadt Frankfurt

Frauenverband Courage

Infrau e.V.

Lesben Informations- und Beratungsstelle (LIBS) e.V.

Polizeipräsidium Frankfurt

Präventionsrat der Stadt Frankfurt

Terre des Femmes Städtegruppe Rhein-Main

Verein zur beruflichen Förderung

von Frauen (VbFF) e.V.



**AMT FÜR MULTIKULTURELLE
ANGELEGENHEITEN**
FRANKFURT AM MAIN

Besuchen Sie uns im Internet:
www.amka.de

Besuchen Sie auch das Integrations-
und Diversitätsportal für
Frankfurt am Main:
www.vielfalt-bewegt-frankfurt.de